

Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege im Rheinland (LVR-ADR)

Elke Janßen-Schnabel, 1998/2000, redaktionelle Überarbeitung am 25. Juli 2013
Grundlage: Gutachten des LVR-ADR gemäß §22 zum Denkmalwert gemäß § 2 Denkmalschutzgesetz von Nordrhein-Westfalen (DSchG NW)

Denkmalbereich Regierungsviertel in Bonn

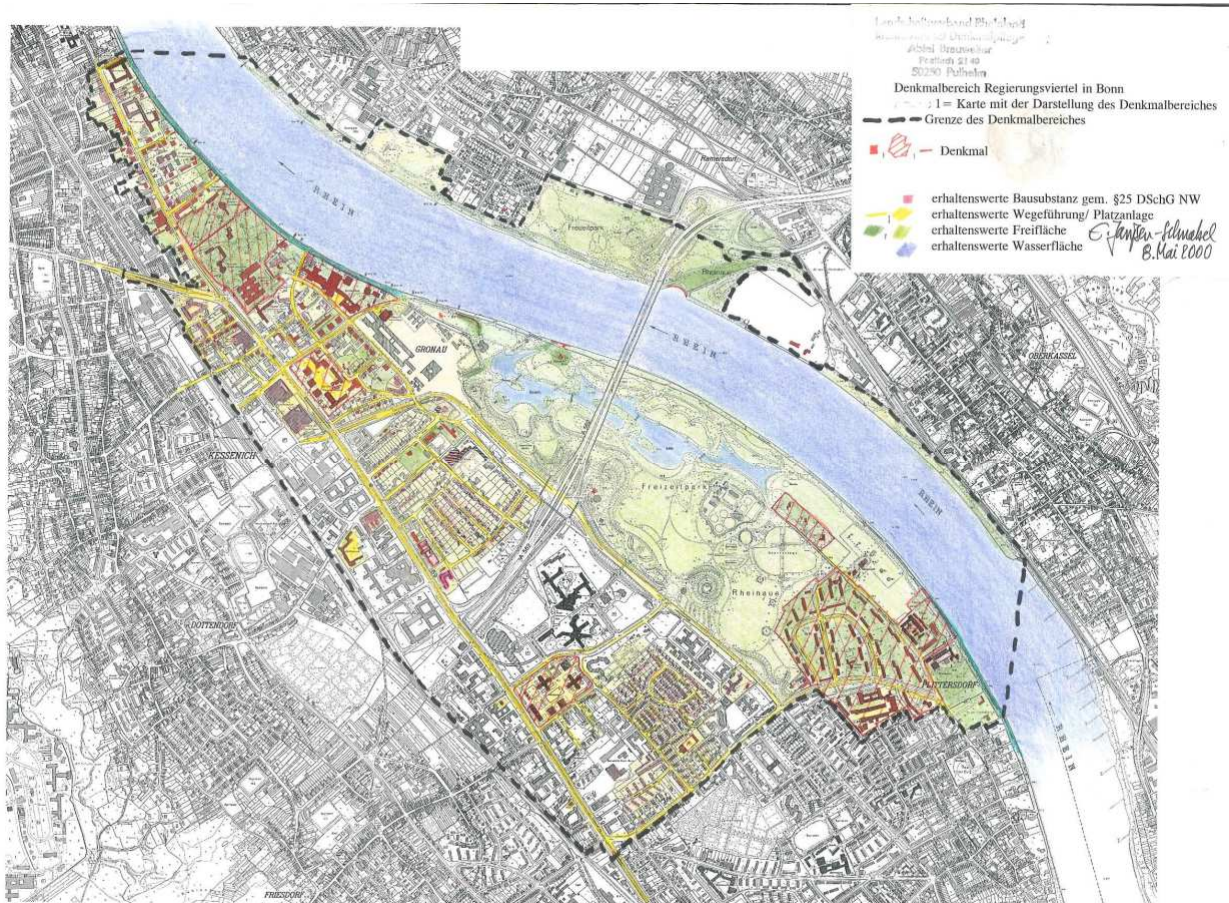


Abb. 1 Karte zum Denkmalbereich Regierungsviertel = Bild 2 in der KuLaDig-Mediengalerie, LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland, Elke Janßen-Schnabel 2000.

Mit dem Umzug der Bundesregierung nach Berlin 1999 endeten 50 Jahre Regierungszeit in Bonn. Am 10. Mai 1949 hatte das Votum des Parlamentarischen Rates für Bonn als vorläufigen Regierungssitz die Stadt unvorbereitet getroffen. In kurzer Zeit richteten sich am Rheinufer zwischen den beiden Stadtzentren von Bonn und Bad Godesberg, rein durch Funktion und zweckmäßige Organisation bestimmt, die zentralen Regierungsorgane ein, überwiegend in vorhandenen Bauten, bewusst auf jegliche Geste der Repräsentation verzichtend, bescheiden, anspruchslos und unauffällig. Es sollte keine Architektur entstehen, in der der Staat sich inszenierte, oder die die Teilung festigte. Den Status des auferlegten Provisoriums zunächst beibehaltend, entwickelte sich das Regierungszentrum, die Schaltstelle der Bundesrepublik Deutschland, unter Einbeziehung aller architektonischer Maßnahmen der folgenden Jahrzehnte und aller städtebaulichen Ansätzen planerischer Kontinuität bis in die 1990er Jahre zu einem heterogenen Konglomerat von Einzelbauten, zu einem städtebaulichen Unikum mit einem eigenen und am Ende doch auch besonderen Wert. Der Ort der Regierung, die in Architektur und Städtebau gespiegelte demokratische Idee der sich allmählich formierenden und langsam festigenden Republik und die Einzigartigkeit des vorläufigen und zwischenzeitlichen Regierungssitzes, gepaart mit dem

Charme des Unfertigen und Zufälligen, machten das Viertel zum Inbegriff der „Bonner Republik“, damit zu einem bedeutenden Dokument der Geschichte der Bundesrepublik und zu einem schutzwürdigen Zeugnis unserer Vergangenheit.

Ende der 1990er Jahre war absehbar, dass mit dem Umzug der Regierung nach Berlin die „Bonner Republik“ Historie wurde, ein abgeschlossener Zeitabschnitt in der Geschichte der Bundesrepublik. Diese im Jahr 1998 unmittelbar bevorstehende Zäsur gab den Anstoß, das Gebiet ab 1998 unter denkmalpflegerischen Gesichtspunkten zu begutachten, den Denkmalwert von Einzelobjekten und vor allem das weitläufige Areal des Regierungsviertels als eine städtebauliche Gesamtheit den Kriterien des Denkmalschutzgesetzes von Nordrhein-Westfalen zu unterziehen:

Der Naturraum

Das Regierungsviertel liegt linksrheinisch am Südrand von Bonn, nördlich von Godesberg in einer nach Westen gebogenen Stromschleife direkt am Rhein. Das weiche Gleitufer, das als weitgehend ebenes, in breiten Stufen flach terrassiertes Gelände nur ganz allmählich ansteigt, heißt topographisch „in der Gronau“. Der Name „in loco Groynsowen“, 1322 erstmals im Urkundenbuch der Abtei Heisterbach erwähnt, bedeutet grüne Aue¹ und trifft den Charakter mit dem Rheinauenpark im Kernbereich auch heute noch. Der Fluss hat den Untergrund aus Sanden, Kiesen und lehmigem Löß in unterschiedlicher Stärke geschichtet und bis heute fruchtbares Land mit einem hohen Grundwasserspiegel hinterlassen.² Joseph Dietz unterscheidet unter Verweis auf einen Plan aus dem Jahre 1578³ zwischen einer Inselterrasse – hervorgegangen aus einem Werth (einer Insel im Rhein), das angeschwemmter Sand mit der Zeit ans Ufer band – und einer sich landeinwärts erstreckenden höheren Niederterrasse. Der heutige Sträßchensweg folgt der ehemaligen Ufergrenze und die Gronau am Rhein mit der anschließenden weit nach Westen ausgedehnten ebenen Terrasse wird durch die bewaldeten Anhöhen der Ville sichelförmig begrenzt. Die Ville ist als Ufer einer alten Rheinrinne, der so genannten „Gumme“, Relikt eines früheren Rheinlaufs⁴, denn über Jahrtausende prägte der Fluss weit ausgedehnt, unberechenbar fließend und ungebändigt mäandrierend den Naturraum. So weichen linksrheinisch die ersten festen Plätze, die Dörfer Poppelsdorf, Kessenich, Dottendorf, Friesdorf, Godesberg und Rüngsdorf, von der Ebene zurück in den Schutz des Höhenzuges. Am anderen Ufer passen sich die Orte Küdinghoven, Ramersdorf und Oberkassel, halbkreisförmig angeordnet, in die Ausläufer des Siebengebirges ein. Edith Ennen datiert einen Teil der Orte mit Hinweis auf die konzentrierte Häufigkeit der Endung „dorf“ in fränkische Zeit vor 900⁵, wobei die Reihung der in Größe, Struktur und Funktion untereinander gleichwertigen Siedlungsplätze in etwa gleichem Abstand auch heute noch als Besonderheit auffällt (hierzu: Abb. 2, historische Orte = lila). Der Rhein ist seit der Römerzeit die wichtigste Wasserstraße von den Alpen bis zur Nordsee zusammen mit der parallel geführten nord-südlichen Wegeverbindung eine europäische Haupterschließungsstrasse. Am Rand seiner Ebene bündelten die Orte über die eigenen Belange hinausgehende Funktionen und wurden für das jeweilige Hinterland zu verdichtenden Knotenpunkten. Gewerblicher und landwirtschaftlicher Handel wirkte dabei unterstützend.

Eingefasst von dieser gleichmäßigen Siedlungsstruktur, wurde die Ebene in der Randzone im Laufe der Jahrhunderte durch bedeutende kulturhistorische und bauliche Festpunkte markiert (in Abb. 2 = rot). Dazu zählen das Bonner Münster, das Poppelsdorfer Schloß, die ehemalige kurfürstliche Residenz und spätere Universität, die Kommende Ramersdorf, die Pfarrkirchen der Dörfer, insbesondere die Doppelkirche von Schwarzhendorf, ein rechtsrheinisch gelegener Ruinenturm am Rhein, linksrheinisch der Stumpf einer ehemaligen Mühle und das Hochkreuz an der Godesberger Allee. Vier Siedlungsfestpunkte – im Norden Bonn und Beuel, im Süden linksrheinisch Godesberg-Plittersdorf und rechtsrheinisch

¹ Josef Dietz, Rund um die Gronau, in: Bonner Geschichtsblätter 1951, Bd. 5, Bonn 1951, S. 5-16.

² Otto Wilckens, Geologie der Umgegend von Bonn, Bonn 1926, S. 234ff.

³ Dietz (wie Anm. 1), S. 7 und Stadtarchiv Bonn, Nr. 1191.

⁴ Edith Ennen, Dietrich Höroldt, Kleine Geschichte der Stadt Bonn, Bonn 1967, Anlage: Plan der Stadt Bonn.

⁵ Ersterwähnungen vor 900, Edith Ennen, Ein geschichtliches Ortsverzeichnis des Rheinlandes, in: Rheinische Vierteljahresblätter, Jg. 9, 1939, S. 261 u. 262.

Niederdollendorf – schließen den Naturraum unmittelbar an den Rhein.

Geschichte und Charakteristik – Die historische Entwicklung der Fläche zwischen Bonn und Bad Godesberg

Geschichte und Entwicklung der beiden Orte Bonn und Bad Godesberg mit jeweils prägenden Phasen überschneidet sich in der betrachteten Region zwischen den beiden Orten. Bauliche Relikte zeugen davon. Als Richtschnur für die historische Annäherung an das Gebiet sollen wenige Eckdaten dienen. Bonn entwickelte sich aus dem römischen Legionslager zu einer mittelalterlichen Handelsstadt am Rhein, seit dem 16. Jahrhundert zu einem kurfürstlichen Residenzort, seit dem frühen 19. Jahrhundert zur Universitätsstadt, zur Garnisonsstadt im Laufe des 19. Jahrhunderts und seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis ins beginnende 20. Jahrhundert zum bevorzugten Wohnort wohlhabender Kaufleute, Pensionäre und Privatiers. Godesberg erhielt durch das Anwachsen der Dörfer im 19. Jahrhundert und Eingemeindung von Plittersdorf, dem mittelalterlichen Treidelumspannort, und Rüngsdorf 1899 unmittelbaren Zugang zum Rhein. Der Ort gewann als Bäder- und Kurstadt mit ausgedehnten Villenvierteln am Rhein sowohl in Rüngsdorf als auch in Plittersdorf überregionale Bedeutung.

Die Kenntnisse zu den Relikten der römischen Zeit zwischen Bonn und Bad Godesberg beruhen auf Ausgrabungsfunden seit dem frühen 19. Jahrhundert und können kartographisch dargestellt werden (Abb. 3).

Es sind die ersten Siedlungsdokumente, die sich auf heutige Strukturen auswirkten. Die Durchgangsstraße (die heutige Adenauerallee, Willy-Brandt-Allee, Friedrich-Ebert-Allee, Godesberger Allee) war Erschließungs- und Handelsstraße parallel zum Rhein; sie war militärischen Ursprungs, verband die römischen Kastelle am Rhein. An der Straße reihten sich vermutlich abschnittsweise dicht beieinander einzelne Wohnhäuser. Im Keller des Hauses der Geschichte sind die Grundmauern einer römischen Villa erhalten. Zwei römische Gräberfelder lagen am südlichen Stadtrand von Bonn, südlich der 2. Fährgasse und im Bereich der heutigen Reuterbrücke. Im Bereich des heutigen Regierungsviertels, zwei Kilometer südlich des um 43 n. Chr. eingerichteten Legionslagers mit der südlich angrenzenden Vorstadt, wuchs an der Straße parallel zum Rhein zur Versorgung des Heeres eine eigenständige Siedlung, der Bonner „vicus“, zum Rhein hin in doppelter Reihe. Diese römische Handwerkersiedlung wurde kurz vor Mitte des 3. Jahrhunderts aufgegeben.⁶ In den geschützten Lagen der Ebene wurden Rebstöcke angepflanzt.⁷

Frieder Berres⁸ vermutet, dass der Treidel- oder Leinpfad, der durchgehend nur linksrheinisch von den Niederlanden bis in die Höhe von Nierstein führte, bereits in römischer Zeit angelegt wurde, gesichert durch die Kette der Legionslager und Kastelle am Rhein. In Plittersdorf, vermutlich an der Fährstelle, endete die Treidletappe von Wesseling. Die Plittersdorfer Pferde zogen Flöße und Schiffe von hieraus bis Kripp an der Ahrmündung und wurden dann zurück geritten. Im 18. Jahrhundert wurden in Plittersdorf Flöße repariert und auch gebaut.⁹

Siedlungsbildung und Siedlungsfestigung am Rande der Anhöhen erfolgten im 9. und 10. Jahrhundert, die ersten Kirchen werden ins 12. Jahrhundert datiert. Das recht fruchtbare Gebiet im Süden außerhalb der Stadtmauern von Bonn war überwiegend zunächst wohl wüst gefallenes Brachland, in Teilen landwirtschaftlich genutzt, jedoch auch geprägt durch den Durchgangsverkehr und durch die Nähe zum Rhein. So lag an der Landstraße von Bonn nach Godesberg an der Abzweigung der heutigen Heussallee zum Rhein, an der

⁶ Ständige Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und Ausgrabung LVR-ABR 2006/2007.

⁷ Ständige Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

⁸ Frieder Berres, 2000 Jahre Schifffahrt am Siebengebirge (=Königswinter in Geschichte und Gegenwart, Heft 6), Königswinter 1999, S.20ff.

⁹ Dietrich Höroldt (Hrsg), Bonn als kurkölnische Haupt- und Residenzstadt, (= Geschichte der Stadt Bonn, Bd.3), Bonn 1989, S. 68 und Flößerei auf dem Rhein. Eine Ausstellung des Siebengebirgsmuseums der Stadt Königswinter 1999, Bonn 1999.

ehemaligen Sieghausgasse und späteren Siebengebirgsstraße, das Siechenhaus. Die Aus-sätzigen durften sowohl an der Landstraße betteln als auch mit einem Siechennachen Schiffe ansteuern und um Gaben bitten.¹⁰ Die Heussallee hat die Bedeutung einer wichtigen Querschließung zum Rhein über Jahrhunderte bis heute bewahrt.

Das Hochkreuz als Landmarke an der Kreuzung der ehemaligen Römerstraße mit der Ver-bindung von Friesdorf nach Plittersdorf zum Rhein wurde im 14. Jahrhundert aufgestellt.¹¹

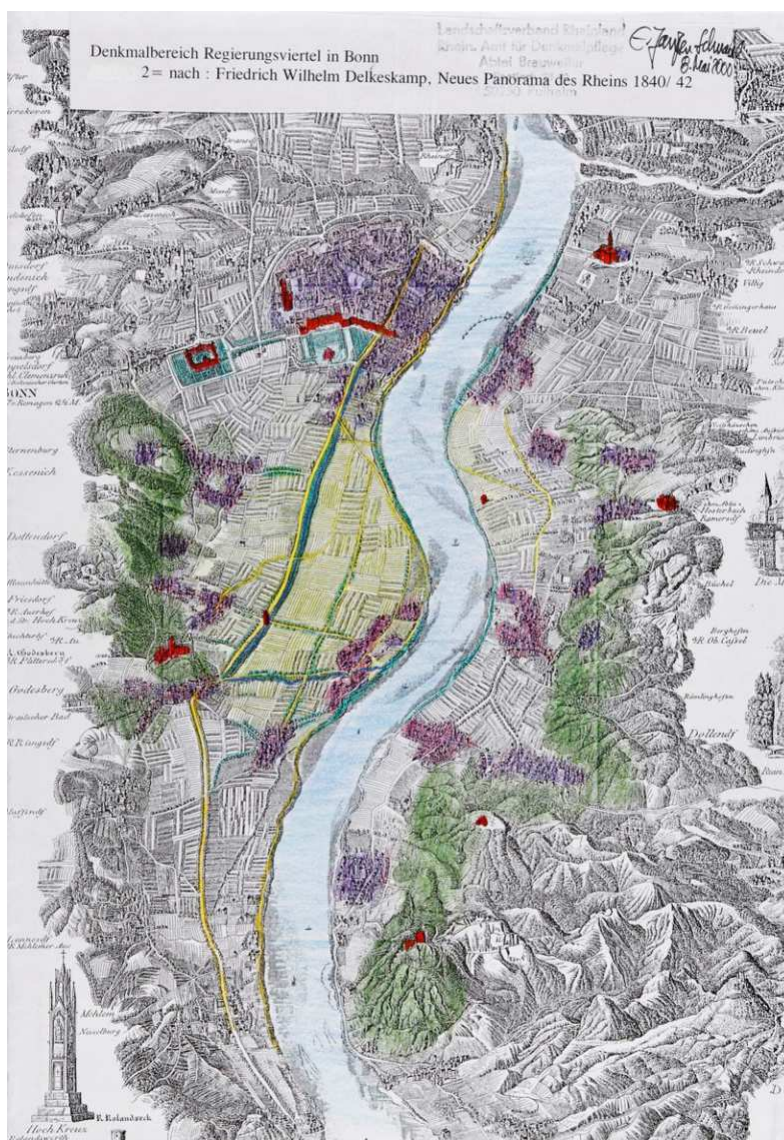


Abb. 2: Vogelperspektive, Friedrich Wilhelm Delkeskamp 1840/42 (farbig bearbeitet).

1609 konnte unter Kurfürst Ernst das Wasser des Godesberger Baches aufgrund der hohen Fließgeschwindigkeit teilweise über einen eigens gestochenen Graben nach Bonn geleitet werden, um die 1610 errichtete Mühle an der Kallengasse anzutreiben, die Bachwassermühle, die sich in der Folgezeit als geeignet zum Malzmahlen erwies.¹² Der Graben war rheinseitig parallel zu der alten Römerstraße geführt. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts verlief hier die Wasserleitung von Godesberg mit Ausfluss in den Rhein am Bonner Stadtkern südlich der heutigen Kennedybrücke.¹³

¹⁰ Dietz (wie Anm. 1), S. 8.

¹¹ Bildhafte Darstellungen der Stadt Bonn mit dem südlich angrenzenden Bereich, mit Blick auf das Siebengebirge, sind seit dem 16. Jahrhundert überliefert. Die ersten maßgenauen Karten liegen aus der Zeit kurz nach 1800 vor, perspektivische Rheinpanoramen und Landschaftsbilder aus dem Verlauf des 19. Jahrhunderts.

¹² Höroldt (wie Anm. 9), S. 36.

¹³ Preußische Uraufnahme 5208 1845.

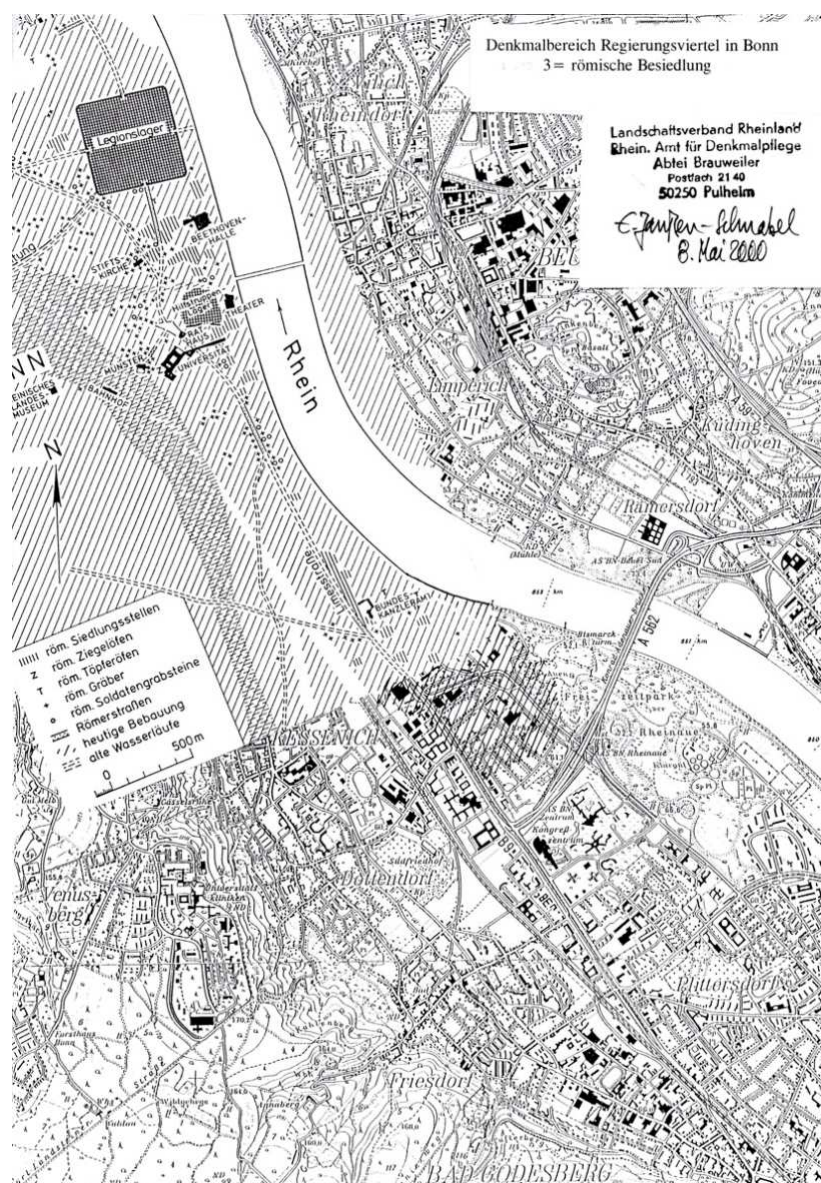


Abb. 3: Grundlage: Forschungsergebnisse des LVR- Rheinischen Amtes für Bodendenkmalpflege im Rheinland.¹⁴

Dem Ruinenturm einer ehemaligen, bereits im 15. Jahrhundert bestehenden Windmühle auf der rechten Rheinseite stand linksrheinisch eine Windmühle gegenüber, von der heute nur noch die Fundamente im Vorplatz von St. Winfried erhalten sind. Die Mühle geht möglicherweise auf einen Wartturm des 13. Jahrhunderts, möglicherweise aus früherer Zeit. Eine Windmühle ist an dieser Stelle, wo ehemals Wege aus fünf Richtungen zusammentrafen, bereits im 15. Jahrhundert als Mahlmühle der umliegenden Dörfer überliefert.¹⁵ Von Dottendorf führte die Friedrich-Wilhelm-Straße als Eselsweg zur Mühle, der Sträßchensweg aus Plittersdorf ebenfalls als Pfad, auf dem die Esel die Kornsäcke zur Mühle trugen. Die ehemalige Löwenburgstraße, heute Winston-Churchill-Straße, führte als Müllengasse von der Mühle über das Siechenhaus und den Rheinweg landeinwärts bis nach Kessenich. Die Mühle wurde 1650 zusammen mit den Stadtbefestigungsanlagen geschleift. 1966 war die oberirdische Turmuine noch vorhanden.

¹⁴ Hierzu: Cornelius Ulbert, Ausgrabung im Bonner vicus – ein erster Überblick über die Befunde in der römischen Zivilsiedlung, in: Archäologie im Rheinland 2006, hrsg. vom LVR-ABR durch Jürgen Kunow, Stuttgart 2007, S. 85-88 und ders., Die Grabung im Bonner Zivilvicus – ein Resümee, in Archäologie im Rheinland 2007, hrsg. vom LVR-ABR durch Jürgen Kunow, Stuttgart 2008, S. 85-87.

¹⁵ Edith Ennen, Geschichte der Stadt Bonn, Bd.3, Bonn 1989, S. 36 und Josef Dietz, Rund um die Gronau, in: Bonner Geschichtsblätter, 5, 1951, S. 5-16.



Abb. 4: Aquarell von W. Turner 1817, Hochkreuz und Godesburg.¹⁶

Wie Bad Godesberg erteilte auch die Stadt Bonn in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zunächst wohl eher zurückhaltend Konzessionen an Industriebetriebe.¹⁷ Ende des 19. Jahrhunderts siedelten sich einzelne Betriebe außerhalb von Bonn im Süden der Stadt am Stadtrand zu Bad Godesberg an, insbesondere Ziegeleien, die in unmittelbarer Nähe Lehmgruben einrichten konnten. Nach Joseph Dietz weist der Flurname „Ziegeloffen“ in einer Flurkarte von 1578 auf die frühe und tradierte Ziegelherstellung.¹⁸ 1855 entstand in der Gronauer Gasse an der Nordseite der späteren Pädagogischen Akademie nahe am Rhein eine Dampfschneidemühle. 1872 bis 1883 bestand benachbart eine zweite Dampfschneidemühle mit Holzlager. 1875-1897 wurde wohl südlich anschließend ein Kalkofen ab 1879 mit Bimssteinfabrik betrieben. Die Schneidemühle verfügte am Rhein über einen eigenen Landesteg und trieb auch Holzhandel über Süddeutschland hinaus. 1927 erwarb die Stadt die 1,75 Hektar umfassenden Grundstücke. Benachbart wurde 1873/74 das Wasserwerk auf städtischem Boden durch die Rheinische Wasserwerksgesellschaft errichtet und am 1. April 1875 eröffnet.

Neben dem Rhein als Transportweg erhielten die Betriebe vermutlich durch die 1869/70 angelegte Eisenbahntrasse mit dem Rheintrajekt eine Anbindung an das Eisenbahnnetz von Ehrenbreitstein bis Bonn. Die Bahnlinie, die mit Rheinüberquerung zu militärischen Zwecken konzipiert war, wurde am 11. Juli 1870, wenige Wochen vor Ausbruch des Krieges mit Frankreich, in Betrieb genommen.¹⁹

Aus der Kombination der bildhaften Darstellungen kann der Charakter des Gebietes, so wie er sich zu Beginn und Mitte des 20. Jahrhunderts nach einer kontinuierlichen Entwicklung noch darstellte, rekonstruiert werden (hierzu: Abb. 5a-5c). Der Rheinlauf war im 18., 19. und noch im frühen 20. Jahrhundert von fülligem Uferbewuchs gesäumt, parallel an der Wasserkante verlief linksrheinisch der Treidelpfad. Das Uferland auf den ersten beiden Terrassenstufen wurde landwirtschaftlich bearbeitet, auf den ertragreichen Flächen wurde bis ins 19. Jahrhundert Wein angebaut.²⁰

¹⁶ Bild aus: Dietrich Höroldt, Bonn. Von einer französischen Bezirksstadt zur Bundeshauptstadt (=Geschichte der Stadt Bonn in vier Bänden: aus Anlaß der 2000-Jahr-Feier, herausgegeben von Dietrich Höroldt und Manfred van Rey, Band 4), Bonn 1989, S. 175.

¹⁷ Ennen, Höroldt (wie Anm. 4), S. 199.

¹⁸ Dietz (wie Anm. 1), S. 8,9.

¹⁹ Höroldt (wie Anm. 9), S. 227.

²⁰ Kartenaufnahme unter Tranchot und von Müffling 93, aufgenommen 1807/ 08 und Ansicht der Stadt Bonn aus

Seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert konzentrierten sich auf dem Gelände um das Trajekt städtische Anlagen mit Erholungs- und Sportfunktion: Hier am beginnenden Stadtpark stand die Stadthalle aus den Jahren 1898/1901 und etwas weiter südlich im Park der Bismarckturm, dessen Grundstein am 21. Juni 1900 gelegt wurde. In den 1930er Jahren war eine Badeanstalt vor dem stillgelegten Trajektkopf eingerichtet und benachbart der vermutlich zeitgleich angelegte Sportplatz. Nach Rheinkorrektur und Uferbefestigung hatte die Stadt Bonn bereits in den 1860er Jahren eine Promenade mit Bepflanzung und Schiffsanlegestegen bis zum Stadtpark gestaltet. Zehn Jahre später erfolgte die Anlage der Rheinpromenade in Bad Godesberg.²¹

Mit der Stadterweiterung entlang der Ausfallstraße entstanden am Rhein stattliche Solitär- villen, umgeben von außergewöhnlich großzügigen Parkanlagen; zu den architektonisch herausragenden Villenbauten zählen Villa Hammerschmidt und Palais Schaumburg.

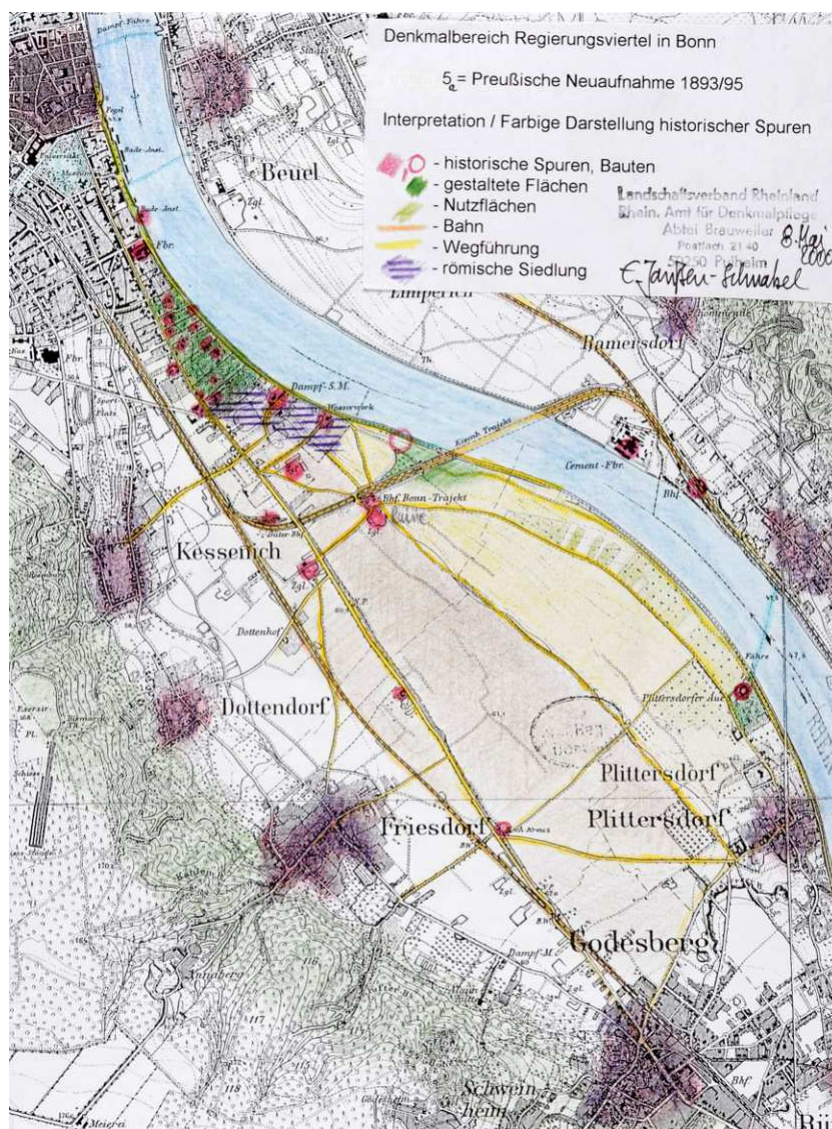


Abb. 5a: Preußische Neuaufnahme 5208 1893/95 mit Übertragungen aus der Preußischen Uraufnahme (farbig bearbeitet).

Seit dem ausgehenden 19. und bis ins frühe 20. Jahrhundert wurden zwischen Bonn und Godesberg neue Wohngebiete im Grünen erschlossen. Neben der ruhigen Lage mit Blick auf das Siebengebirge und Rheinnähe förderte der günstige und unkomplizierte Grund-

Südwesten um 1569, in: Paul Clemen, Die Kunstdenkmäler der Stadt und des Kreises Bonn = Die Kunstdenkmäler der Rheinprovinz, 5. Bd. III, Düsseldorf 1905.

²¹ Dietrich Höroldt, Die baugeschichtliche Entwicklung der Stadt Bonn 1815-1945, in: Bauen im Bonner Raum 49-69, Düsseldorf 1969, S. 18.

stückserwerb die Anlage großzügiger Anwesen. Während die ersten Villen von Privatleuten gebaut wurden, waren die Villen und Wohnhäuser der späteren Bauphasen als Auftragsarbeiten namhafter Architekten reine Anlage- und Mietobjekte wohlhabender Geschäftsleute. So entstanden an der Drachenfelsstraße, der heutigen Heussallee, und an der Siebengebirgsstraße, der heutigen Kurt-Schumacher-Straße, zwischen 1900 und 1930 Wohnhäuser nach Entwürfen des Architekten Julius Rolffs, an der Zitelmannstraße in den 1930er Jahren Objekte des Architekten Wilhelm Denninger. Die Wohnbauten an der Coburger- und Eduard-Pflüger-Straße planten die Architekten Eberhard und Karl Tenten.

Während der zu Bonn stadtnahe Bereich abseits, insbesondere östlich der Koblenzerstraße zum Rhein hin als Wohngegend von wohlhabenden Rentiers bevorzugt wurde²², boten sich sowohl die Ausfallstraße als auch das Gelände weiter südlich am Rhein seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert neu formulierten städtischen Funktionen mit öffentlichen Nutzungen an, frei von innerstädtischer Enge und Grundstücksbindungen: an der Koblenzer Straße entstanden das Königliche Gymnasium und das Gesellschaftshaus der Lese- und Erholungsgesellschaft Ende des 19. Jahrhunderts Stadthalle, Stadtpark und Sportanlagen wurden um 1900 am Rheinufer angelegt. Am 3. Juli 1904 wurde oberhalb des Trajekts an der Friedrich-Ebert-Allee das Julius-Langenbach-Stift als Heim für unbemittelte Musiklehrerinnen eröffnet.²³ Noch im ersten Weltkrieg 1914/15 war das evangelische Johanniterkrankenhaus in der Tradition der Hospitäler außerhalb der Stadt fertig gestellt²⁴; es wurde 1944 zerstört und nach dem Krieg neu aufgebaut. Die Kläranlage am Rhein war 1933/34 angelegt worden.²⁵

Das Gotteshaus der altkatholischen Gemeinde wurde 1935 an der Koblenzer Straße errichtet (1945 zerstört und wiederaufgebaut).

1935/37 wurde die Reuterbrücke zur Querung der Eisenbahnstrecke gebaut. Die Kinderklinik wurde 1950 eingeweiht.

Im Jahr 1949 war das engere Untersuchungsgebiet in weiten Teilen landwirtschaftlich genutzt, wies jedoch vereinzelt Strukturen römischen und mittelalterlichen Ursprungs auf und zusammenhängende vorstädtische Bereiche, flächenhafte Elemente aus Gebäuden und gestalteten Freiflächen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts.

1949 begann für den Raum zwischen den Städten Bonn und Bad Godesberg die umfassend prägende Phase: 50 Jahre Bundesregierung in Bonn 1949-1999.

Die Planungsgeschichte

Seit 1948 war Bonn auf Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz Sitz des Parlamentarischen Rates. Die erste Zusammenkunft des Parlamentarischen Rates am 1. September 1948 im Museum Koenig an Koblenzer Straße (der heutigen Adenauerallee) wurde durch einen Festakt feierlich gerahmt. Mit Beschluss vom 10. Mai 1949 ernannte der Parlamentarische Rat die Stadt Bonn zur vorläufigen Bundeshauptstadt; am 7. September 1949 konstituierten sich Bundestag und Bundesrat; der Bundestag trat im Museum Koenig unter Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) erstmals zusammen, Sitz von Bundestag und Bundesrat wurde ab 1949 die von Hans Schwippert zum Plenarbereich umgebaute Pädagogischen Akademie am Rhein. Adenauer residierte vorübergehend, während der folgenden zwei Monate, im Museum Koenig, ab 1950 in dem von Schwippert umgebauten Palais Schaumburg an der damaligen Koblenzer Straße. Benachbart zum Palais Schaumburg und gegenüber vom Museum Koenig in der ebenfalls von Schwippert umgebauten Villa Hammerschmidt hatte seit 1951 der Bundespräsident seinen Amtssitz.

Für die die Dauer der folgenden Jahrzehnte blieb der Regierungsort aus Gründen des Selbstverständnisses der Republik und vor allem aus außenpolitischen Gründen in der Zeit des „Kalten Krieges“ vorläufig und vorübergehend. Bauliche und städtebauliche Entscheidungen waren auf das Notwendigste beschränkt, provisorisch und schmucklos.

²² Höroldt (wie Anm. 21), S. 19 und Olga Sonntag, Villen am Bonner Rheinufer 1819-1914, Bonn 1998.

²³ Dietz (wie Anm.1), S. 15.

²⁴ Höroldt (wie Anm. 13), S. 584.

²⁵ Höroldt (wie Anm. 21), S. 22.

Aspekte wie Repräsentation, Wirkung, baulicher Ausdruck, Darstellung, Dominanz im Städtebau waren nachrangig, wenn nicht gar ausdrücklich ins Gegenteil gekehrt.

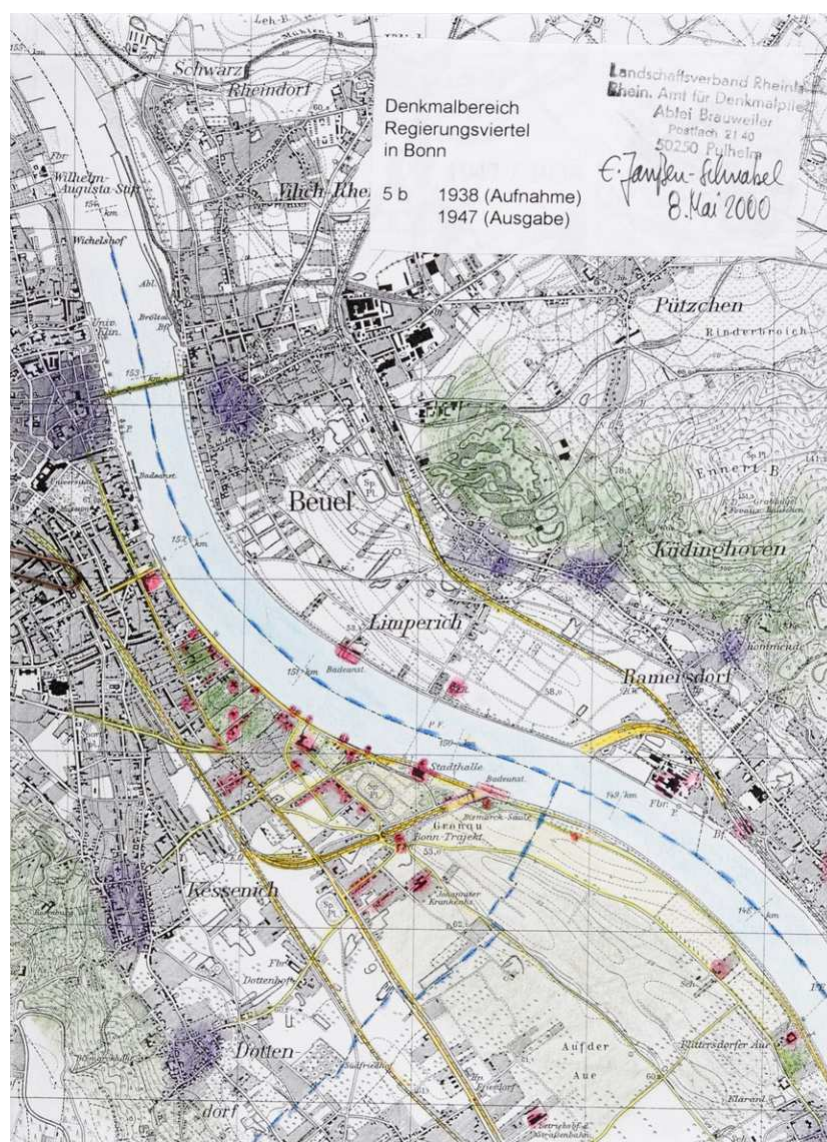


Abb. 5b: Preußische Neuaufnahme 5208 1893/95, Fortschreibung 1938/47 (farbig bearbeitet).

In den folgenden 50 Jahren mit der Herausbildung eines zunehmend neuen Selbstverständnisses der Bundesrepublik wandelte sich die bauliche und städtebauliche Interpretation des Regierungssitzes. So spiegelt der planerische Umgang mit dem Regierungsort die wechselnden Antworten auf die Hauptstadtfrage. Rückblickend betrachtet, kann die städtebauliche Entwicklung des Gebietes in drei großen Phasen zusammengefasst werden:²⁶

1. Unauffälligkeit und planerisch-architektonische Zurückhaltung, vorsichtiger und wohl auch unsicherer Umgang mit der Umsetzung von politischer Macht in Architektur – in bewusster Abgrenzung zum nationalsozialistischen Größenwahn – prägten die Zeit des politischen und baulichen Provisoriums, die Zeit der Stadt Bonn als vorläufige Hauptstadt von 1949 bis 1969/1973.
2. Integration, die Betonung der städtebaulichen Einbindung, führte zu städtebaulichen Gesamtplanungen und großräumigen Konzepten in der Zeit von 1969/ 1973 bis 1982.

²⁶ Hierzu: Angelika Schyma, „Eine kleine Stadt in Deutschland“ – das Regierungsviertel der ehemaligen Bundeshauptstadt, in: Denkmalpflege im Rheinland 1999, Heft 2, S. 49-62 und vgl. auch: Ferdinand Stracke, 33 Jahre Hauptstadtplanung Bonn, in: Bauwelt 1983, Heft 10, S. 333-339.

3. Deutliche architektonische Zeichen auf zeitgenössisch international beachtetem und diskutiertem Niveau wurden durch Wettbewerbe und durch die Umsetzung der Wettbewerbsergebnisse geschaffen. Die Realisierung markanter Einzelbauten leitete die erste große Baustufe ab 1982 ein, die jedoch, 1989 eingeleitet durch die Wiedervereinigung, der Hauptstadtbeschluss vom 20. Juni 1991 für Berlin als die einschneidende Zäsur bremste. Damit begann in den 1990er Jahren schließlich der Übergang von der Bundeshauptstadt zur Bundesstadt.²⁷

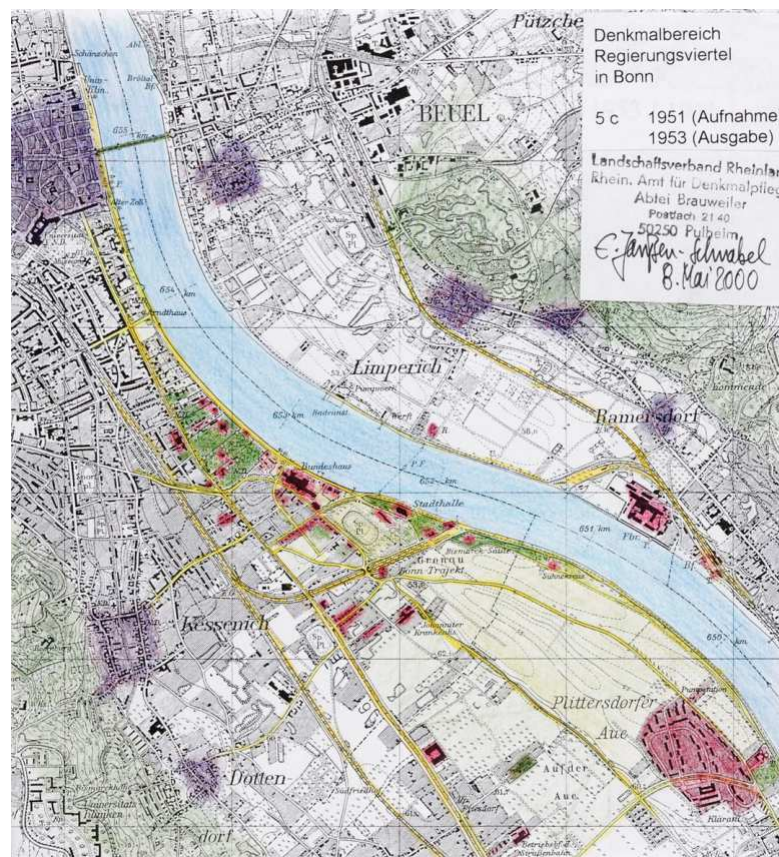


Abb. 5c: Preußische Neuaufnahme 5208 1893/95, Fortschreibung 1951/53, Buschwerk und Bäume begleiteten die Feldwege (farbig bearbeitet).

Unauffälligkeit – das Provisorium

Die Notwendigkeit, die Regierungsfunktionen in Bonn zu installieren, begründete das planerische und architektonische Handeln und führte, flankiert von Zurückhaltung und ständigem Hinterfragen, zwangsläufig zur Aneinanderreihung von provisorischen Lösungen. Der Bund betrachtete Bonn als vorübergehenden Sitz und brachte die Regierungsfunktionen aus organisatorischen und wirtschaftlichen Überlegungen heraus möglichst in eigenen über das Stadtgebiet verstreuten Liegenschaften unter, wobei der stadträumliche Schwerpunkt im Süden des Stadtgebietes, im Umkreis der ehemaligen Pädagogischen Akademie am Rhein lag. Doch auch dieser Kernbereich sollte planerisches Übergangsquartier bleiben. Die Auffassung des Provisoriums festigte sich um ein weiteres Jahrzehnt durch den Beschluss des Bundestages im Jahre 1956, keine neuen Bundesbauten zuzulassen. Jeder weitere Neubau hätte den Hauptstadtanspruch Berlins gefährden können. Erst ab etwa 1965 wurde die Entscheidung gelockert.

1960 hatte der Bundestagsabgeordnete und SPD-Politiker Adolf Arndt in einem Vortrag in der Akademie der Künste in Berlin die Demokratie als Bauherrn thematisiert.²⁸ Arndt setzte in seiner Theorie auf den politisch bewussten und mündigen Menschen, der Mit-

²⁷ Jens Krüger, Die Finanzierung der Bundeshauptstadt Bonn, Berlin 2006, S. 35-245.

²⁸ Adolf Arndt, Demokratie als Bauherr, Vortrag 1960, in: Akademie der Künste Berlin. Anmerkungen zur Zeit, 1961 und vgl. Rita Süßmuth, Demokratie als Bauherr, in: Der Architekt 10/1989, S. 481- 511.

verantwortung trägt. Seiner Auffassung zufolge treffen in der demokratischen Staatsform die Politiker als Vertreter der Bevölkerung eine bewusste Entscheidung zur Architektur, zum architektonischen Ausdruck der Republik, und dies in einer neu gefundenen deutlichen und keineswegs anonymen Architektursprache. Es dauerte noch viele Jahre bis die von ihm geforderte Zwiesprache zwischen Architektur und Demokratie in der allgemeinen Entwicklung von Staat und Gesellschaft Fuß fassen konnte. Erst 19 Jahre später knüpfte an Arndts Ideen ein Kolloquium an.²⁹

Vorläufig aber fanden planerische Diskussionen unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. 1962 konstituierte sich eine von der Bundesbaudirektion berufene Gutachterkommission bei der Bauabteilung des Bundesschatzministeriums als Planungsrat. Die Gruppe setzte sich zusammen aus den Architekturprofessoren Paul Baumgarten, Egon Eiermann und Sep Ruf, später auch Rudolf Hillebrecht und Max Guthert. Die Herren wurden beauftragt, sowohl Lösungen für eine verbesserte Unterbringung des Parlaments (Bundestag und Abgeordnetenhaus) als auch Rahmenbedingungen für eine städtebauliche Entwicklung zu formulieren, deren detaillierte Lösung einem Wettbewerb vorbehalten werden sollte. Die notwendigen Bauten sollten sich organisch in den Gesamtraum einfügen ohne eine zukünftige Entwicklung zu beschränken.³⁰ Die Mitglieder des Planungsrates wurden zur Geheimhaltung verpflichtet.

Da die Notwendigkeit nach zusätzlichem Büroraum jedoch zunehmend drängte, erhielt Egon Eiermann 1965 vorzeitig den Auftrag zum Neubau des Abgeordnetenhauses, das 1969 bezogen werden konnte. Mit dem Bau des 100 Meter hohen Hochhauses mit 30 Stockwerken „Langer Eugen“ wurde erstmals eine Regierungsfunktion in selbstbewusster Architektursprache ausgedrückt, die wiederum eine kontrovers geführte Diskussion zur Darstellung und Außenwirkung des Gebietes als "Regierungsviertel" in der Öffentlichkeit anstieß.

Integration – die Gesamtplanungen

Mit dem ab 1969/70 einsetzenden Paradigmenwechsel hinsichtlich der Hauptstadtfrage begann der Ausbau Bonns zur Hauptstadt.

Mit der kommunalen Neugliederung waren 1969 die Städte Bonn, Bad Godesberg, Beuel, sechs Gemeinden des Amtes Duisdorf und zwei rechtsrheinische Gemeinden zur neuen Stadt Bonn zusammengeschlossen. Auf diese Weise waren planerische Voraussetzungen geschaffen, die ab 1969 durch den Regierungswechsel unter dem SPD-Bundeskanzler Willy Brandt genutzt werden konnten. 1969 beschloss der Bundestag ein Neubauprogramm für fünf Ministerien (Verkehr, Forschung und Bildung, Justiz, Arbeit, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten). Realisiert wurden schließlich um 1975 zwei von sieben geplanten Kreuzbauten. Am 15. Juli 1970 wurde zwischen Bund, Land und Stadt für die Dauer von zehn Jahren die Bonn-Vereinbarung über den Ausbau der Stadt als Sitz der Bundesregierung und über den Ausgleich der damit verbundenen Sonderbelastungen getroffen, unter Bezugnahme auf Artikel 106 (6) Grundgesetz, womit dem Bund die Verpflichtung oblag, Hauptstadt bedingte Sonderbelastungen der Stadt angemessen auszugleichen.

1970 gründete sich der Arbeitskreis Bundesbauten Bonn, mit dem Ziel, eine Abstimmung zwischen den Interessen von Bund, Land und Stadt zu erreichen. Es setzte eine regelrechte Planungseuphorie ein. Im selben Jahr tagte eine Woche lang ein interdisziplinäres Expertenkolloquium aus 18 Sachverständigen verschiedener Fachrichtungen – Stadtplanung, Architektur, Soziologie, Politologie –, die 46 Thesen zu dem Thema "Integration der Bundesbauten in die Stadt Bonn und den Raum Bonn" formulierten³¹. Wesentliche Inhalte waren die Bewahrung der prägenden Eigenschaften der Universitäts- und Residenzstadt mit ihrer zum Teil dörflichen Struktur, Vermeidung jeglichen Metropolen-Denkens und Verzicht auf ein neues Stadtzentrum zwischen Bonn und Bad Godesberg. Der Bewahrung von Stadt- und Landschaftsraum und der Erhaltung der charakteristischen

²⁹ Oberstadtdirektor Bonn (Hrsg.), Ausbau der Bundeshauptstadt. 10 Jahre Hauptstadtvereinbarung 1975-1985, Bonn o. J. (1985), S. 28.

³⁰ Krüger (wie Anm. 27), S. 69.

³¹ Oberstadtdirektor Bonn (wie Anm. 29), S. 11 und Wolfgang Leuschner, Bauten des Bundes 1965-1980, Karlsruhe 1980, S. 16f.

Merkmale der Residenz- und Universitätsstadt – Rhein, Siebengebirge als Kulisse, innerstädtische Freiräume wie der Hofgarten – stand die Forderung nach Konzentration aller wichtigen Bundeseinrichtungen im späteren Regierungsviertel beiderseits des Rheinstroms entgegen. Der Regierungssitz "Bonn" sollte Bundeseinrichtungen zwischen den Stadtkernen von Bonn und Bad Godesberg eingebunden in eine Parklandschaft bündeln und weiträumig als Teil eines metropolitanen Raumes am Rhein zwischen Düsseldorf bis Bad Godesberg verstanden werden.

1970 wurde der Wettbewerb zur Gestaltung der Rheinaue als Bundesgartenschau Gelände ausgelobt. 1972 folgte die Ausschreibung eines Ideenwettbewerbs zu den Bauten des Bundes und ihrer Integration in die Stadt Bonn. Ebenfalls 1972 begann noch vor Fertigstellung des Gesamtkonzeptes der Neubau des Bundeskanzleramtes nach Entwurf der Planungsgruppe Stieldorf.

Der städtebauliche Entwicklungsabschnitt des "Provisoriums", der in ersten noch weitgehend isolierten Gesamtplanungen von Fachleuten mündete, kann spätestens 1973 als beendet angesehen werden.

In seiner Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 sprach Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) erstmals offiziell von Bonn als „Bundeshauptstadt“. Während man sich bisher auf die unverfängliche Formulierung „Sitz der Bundesregierung“ verständigt hatte, bekannte sich Brandt nun offen zum Ausbau Bonns zur Bundeshauptstadt und wies damit den zukünftigen Planungen einen deutlichen Weg. Schon im Frühjahr 1973 fand die Auslobung des Bauwettbewerbs "Deutscher Bundestag und Bundesrat" statt. Erstmals wurden Überlegungen angestrengt, wie sich Parlament und Regierung der Öffentlichkeit präsentieren. 1974 empfahl das Preisgericht die Entwürfe von Günther Behnisch aus Stuttgart und des Büros von Wolff & Schneble aus Konstanz zur weiteren Überarbeitung.

Am 1. Januar 1975 trat die „Hauptstadtvereinbarung für den weiteren Ausbau Bonns als Bundeshauptstadt“ in Kraft. Sie leitete die Phase ein, in der in Kleinarbeit, in Kooperation aller Beteiligten und unter Einbeziehung der Öffentlichkeit und Berücksichtigung des erweiterten Mitspracherechts der Betroffenen auf der gesetzlichen Grundlage des Bundesbaugesetzes von 1960 und des Städtebauförderungsgesetzes von 1971 versucht wurde, abgestimmte Planungen zu erzielen.

Die Umsetzung der Hauptstadtvereinbarung zwischen Bund, Land und Stadt erfolgte als Entwicklungsmaßnahme gemäß Städtebauförderungsgesetz und damit als kommunales Handlungsinstrument. Hierdurch wurde die Bodenordnung kontrolliert, der Bodenmarkt reguliert, so dass die Preise nicht frei explodierten, denn die Abschöpfung von Bodenwertsteigerungen, gemessen an Bodenrichtwerten, verhinderte eine freie Spekulation. Die Sicherung der Bodenordnung und Erschließung umfasste Grundstücksgeschäfte, den Bau von Erschließungs- und Grünflächen, Versorgungs- und Ersatzmaßnahmen und den Bau von städtischen Gemeinbedarfs- und Folgeeinrichtungen. Drei Arbeitsgruppen von Bund, Land und Stadt – "Zielplanung, Bauprogramme Bundeshauptstadt Bonn", "Organisationsfragen, Ausbau Bundeshauptstadt Bonn", "Verkehrslösung Bundeshauptstadt Bonn" – bereiteten die am 25. Januar 1975 in Kraft getretene Rechtsverordnung zur Festlegung des 672 Hektar großen städtebaulichen Entwicklungsbereiches "Bonn, Parlaments- und Regierungsviertel beidseits des Rheins" vor.³² Der Bereich war in 13 Anpassungsgebiete gegliedert. Entwicklungsträger der Maßnahme war ab 1978 die Landesentwicklungsgesellschaft LEG die als Treuhänder der Stadt Bonn für die Durchführung der Erschließungsmaßnahmen und die Bodenordnung sowie für die Bewirtschaftung und Unterhaltung des Treuhandbesitzes zuständig war. Das Planungsbüro "gruppe hardtberg" leistete von 1976 bis 1980 die nach Städtebauförderungsgesetz geforderten vorbereitenden Untersuchungen. Die Gremien des Hauptstadtausbaus waren der Gemeinsame Ausschuss von Bund, Land und Stadt, der zur Abstimmung der Bauprogramme, des Verkehrsausbaus und der Finanzierungspläne ins Leben gerufen wurde, und der Arbeitsausschuss. Ein städtebaulicher Rahmenplan sollte die planerische Handlungsgrundlage für die Ent-

³² Oberstadtdirektor Bonn (wie Anm. 29), S. 32 und Zum Bauwettbewerb Bundestag und Bundesrat, in: Bauwelt 1975, Heft 29/30, S. 822- 847 und Friedrich Busmann, Helmut Kröhne, Vom Parlaments- und Regierungsviertel zum Bundesviertel. Eine Bonner Entwicklungsmaßnahme 1974 – 2004, wohl Bonn 2005.

wicklungsmaßnahme sein. Ab 1977 bereiteten Stellungnahmen der "Drei Weisen" – Rudolf Hillebrecht, Gerhardt Laage, Walter Rossow –, als städtebauliche Berater engagiert, die Ausschussbeschlüsse vor. Neben den schon beteiligten Büros Behnisch und von Wolff & Schneble wurden die Architekten Zlonicky aus Dortmund, Hansjacob aus München und die „gruppe hardtberg“ aus Bonn in die Erstellung eines städtebaulichen Gesamtkonzeptes einbezogen. Ihre Überlegungen schlugen sich bis 1981 in zwölf Berichten nieder.³³ Zur Erzielung einer Gesamtplanung standen die Berater den städtischen Gremien zur Seite und fungierten als Gutachter und Preisrichter. 1982 war die Planung des Regierungsviertels zunächst soweit abgeschlossen, dass sich nach 1982 ihre Arbeit auf die Hochbauplanungen des Bundes in der Gronau konzentrierte.

1974 waren die Entwürfe des Bauwettbewerbs "Deutscher Bundestag und Bundesrat" von den Büros Behnisch und von Wolff & Schneble prämiert worden mit der Auflage, ein gemeinsames Ergebnis zu entwickeln. Eine technische Kommission und die Architekten Kammerer und Spengelin begleiteten die Bearbeitung.

1975 wurde der Gebietsentwicklungsplan Bezirk Köln, der das Gebiet der Stadt Bonn einschließt, aufgestellt und daraus der Flächennutzungsplan für das Stadtgebiet von Bonn abgeleitet, womit erstmals verbindliche Planungsziele für das gesamte Stadtgebiet vorgegeben wurden.

1976 lag der Entwurf zum städtebaulichen Rahmenplan für das Parlaments- und Regierungsviertel vor. Ein Grün- und Freiraumkonzept des Garten- und Landschaftsarchitekten Gottfried Hansjakob komplettierte das Nutzungskonzept. 1977 beschloss der Ältestenrat des Bundestages den überarbeiteten Entwurf von Behnisch und von Wolff & Schneble.

Am 27. April 1979 konnte in der Rheinaue die Bundesgartenschau eröffnet werden. Das 160 Hektar umfassende Gelände war nach einem Ideenwettbewerb 1969 ab 1974 nach den Plänen von Gottfried Hansjakob hergerichtet worden. Bundespräsident Walter Scheel sprach in seiner Eröffnungsrede von Bonn als Hauptstadt eines freien demokratischen Staates und sah im Rheinauenpark ein Symbol der Bürgerbezogenheit unseres Gemeinwesens³⁴. Ebenfalls 1979 entschied der Gemeinsame Ausschuss, das von Behnisch erarbeitete Konzept weiterzuentwickeln. Am 23. Oktober 1979 lud das Bundesbauministerium auf Anregung des Bundeskanzlers Helmut Schmidt unter Beteiligung des Bundestages, des Bundesrates, der Bundesregierung, des Landes Nordrhein-Westfalen und der Stadt Bonn zu dem Kolloquium "Demokratie als Bauherr/ Kolloquium zum Hauptstadtausbau" in Bonn ein.

Am 18. März 1980 löste eine neue Übereinkunft die Bonn-Vereinbarung von 1970 ab, wobei die Förderung des Kulturwesens im Vordergrund stehen sollte. In der Zeit zwischen 1978 und 1982 wurden die städtebaulichen Planungen im Rahmen von Wettbewerben, Gutachten und Bebauungsplänen weiter vertieft.

Sichtbare Zeichen setzen – die Realisierung markanter Einzelbauten

1982 entwickelten die Stadt, begleitet durch die „Drei Weisen“, die Berater Spengelin und Kammerer und die Bundesbaudirektion ein neues städtebauliches Konzept.

Nachdem drei Planungsbüros – Stracke aus Braunschweig, gruppe hardtberg aus Bonn, Zlonicky aus Dortmund – das Konzept gutachterlich beurteilt hatten, führte die Stadt die Bürgerbeteiligung nach Bundesbaugesetz für das Gebiet der Parlamentsbauten und deren Umfeld durch.

Auf dieser Grundlage schrieb der Bund 1983 ein Gutachterverfahren unter sechs Architekturbüros – Behnisch & Partner, Böhm, von Branca, Busmann & Haberer, Novotny, Mähner & Weber und Schürmann – aus, mit dem Ziel, die Vorentwürfe für ein neues Fraktionsgebäude neben dem „Langen Eugen“ weiterzuentwickeln. 1984 wählte die Baukommission des Ältestenrates den Entwurf des Büros Schürmann aus Köln zur weiteren Bearbeitung aus.

Am 18. Januar 1984 schloss sich die Baukommission des Ältestenrates dem Votum der Gutachterkommission (Berater des Bundes, Bundestags- und Bundesbauverwaltung) an

³³ Oberstadtdirektor Bonn (wie Anm. 29), S. 40f.

³⁴ Gottfried Hansjakob, Toni Hansjakob, Erholungspark Bonn- Rheinaue und Bundesgartenschau 1979, in: Bauwelt 1979, Heft 26, S. 1112.

und beauftragte das Büro Schürmann mit der weiteren Planung unter Berücksichtigung der von dem Büro Hansjakob / Schönfuß erarbeiteten Freiraumgestaltung und Verkehrsführung.

Um die Attraktivität des Regierungsviertels zu erhöhen, sollte die Vielzahl der Bürobauten durch Einrichtungen für Freizeit und Kultur ergänzt werden. Ein Ehrenmal sollte errichtet werden. Ein geistig-kulturelles Zentrum (Kunsthalle), ein Zentrum für politische Bildung, eine Jugendbegegnungsstätte, eine Kongress-/Mehrzweckhalle, ein Hotel und eine Eissporthalle sollten den städtebaulichen Raum beleben. Realisiert wurden die Projekte: Städtisches Kunstmuseum, Kunst- und Ausstellungshalle des Bundes, Haus der Geschichte der BRD an der Bundesstraße 9, die als wichtige Erschließungsachse durch die Neubauten zu einer „Museumsmeile“ umgestaltet werden sollte.

Bereits 1977 hatte das Bundeskabinett zur Realisierung einer Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik einen Beschluss gefasst. Die Umsetzung wurde 1984 unter Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) in die Wege geleitet. Das Wettbewerbsverfahren „Bonner Kunstmuseum und Bundeskunsthalle“, unter Vorsitz von Hans Kammerer, gewann 1985 das Architekturbüro Bangert, Jansen, Scholz, Schultes aus Berlin. Das Konzept umfasste „eine Stadt in der Stadt“ aus einem 260 Meter langen und 100 Meter breiten gleich hohen Quader. 1986 wurde aus dem ursprünglichen Planungsbereich das Projekt „Bundeskunsthalle“ mit einer Neuausschreibung zu einem eingeladenen Wettbewerb herausgelöst. Nach dreijähriger Bauzeit konnte die Bundeskunsthalle auf der Grundlage des Entwurfs von Gustav Peichl aus Wien am 17. Juni 1992 eröffnet werden. Axel Schultes mit Jürgen Pleuser setzte einen weiterbearbeiteten Entwurf des Kunstmuseums um, das ebenfalls 1992 fertig gestellt war.

1982 hatte Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner ersten Regierungserklärung den Bau eines Museums für Zeitgeschichte, eines Hauses der „Geschichte unseres Staates und der geteilten Nation“ angeregt. Nach der Durchführung eines Architektenwettbewerbs 1985, aus dem als Gewinner Hartmut und Ingeborg Rüdiger hervorgingen, wurde das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1994 der Öffentlichkeit übergeben.

Die politische Entwicklung der folgenden Jahre zieht spürbar und sichtbar einschneidende Entscheidungen für das Regierungsviertel nach sich:

1987 beschloss der Bundestag den Abriss des alten Plenarsaals und Neubau des Plenarbereiches. 1989 begann mit dem Fall der Mauer die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten. Am 20. Juni 1991 stimmten die Bundestagsabgeordneten für Berlin als zukünftige Hauptstadt der Bundesrepublik. Am 30. Oktober 1992 wurde der 1988 begonnene neue Plenarbereich eingeweiht. Nach einem Wettbewerb 1983 war im Herbst 1989 mit dem Bau des ursprünglich als Abgeordneten-/Fraktionsgebäudes geplanten Objektes an der Ecke Hermann-Ehlers-Straße / Kurt-Schumacher-Straße nach Entwurf von Joachim Schürmann begonnen worden. 2002 fertig gestellt, konnte 2003 die Deutsche Welle den Bau als ihr neues Funkhaus beziehen. Drei Jahre zuvor war die Bundesregierung von Bonn nach Berlin umgezogen. 2002 war auch benachbart der Neubau des Posthochhauses, des Post Towers, der Zentrale des Logistikkonzerns Deutsche Post DHL, nach Plänen der Architekten C. F. Murphy und Helmut Jahn aus Chicago bezugsfertig.

Die Planungsziele von 1949 bis 1999

In den 50 Jahren, in denen die Regierung der Bundesrepublik in Bonn residierte, hat sich das Selbstverständnis der Bundesrepublik und damit verbunden der bauliche Ausdruck der Bundesorgane gewandelt mit wechselndem architektonischen und städtebaulichen Anspruch, der sich in Einzelbauten und in flächenhaften Gesamtkonzeptionen niederschlug und zum Teil in Ansätzen stecken blieb. Dennoch lief durch alle Planungsabschnitte in den Planungsprogrammen der Wettbewerbe und Gutachten ein roter Faden. Die übergreifenden Ideen der Programme, die sich bis zum beginnenden 21. Jahrhundert an der Gestalt, der Struktur, dem äußeren und inneren Gefüge als Regierungsviertels festmachen ließen, folgten vereinbarten Regeln, die sich zwar langsam entwickelten, jedoch im Ergebnis schlüssig und planerisch wirksam wurden.

Die Gedanken und Überlegungen von Adolf Arndt 1960 zur Demokratie als Bauherrn stießen eine erste Diskussion über die Bauherrenposition im Regierungsviertel und über

den politisch verantwortungsbereiten Menschen an. Arndt setzte an beim Erleben von Architektur und Raum durch den Menschen. Er zog das souveräne Volk einer Demokratie als Bauherr zur Verantwortung und wünschte von ihm eine eigene bauliche Architektursprache.

Die 46 Thesen des Expertenkolloquiums von September 1970 setzten sich mit dem gegebenen Ort und Landschaftsraum auseinander. Sie betonten die prägenden Merkmale der Stadt Bonn mit Auswirkungen auf die zukünftige Stadtentwicklung: die besondere landschaftliche und historische Sensibilität des Raumes Bonn, die historische Universitäts- und Residenzstadt mit der zum Teil dörflichen Struktur. Es wurde die Konzentration aller wichtigen Bundeseinrichtungen auf das Regierungsviertel beiderseits des Rheins gefordert, jedoch unter Vermeidung jeglichen Metropolen-Denkens und Verzicht auf ein neues Stadtzentrum zwischen Bonn und Bad Godesberg.

Der Stadtentwicklungsplan Stufe I von 1971 der Stadt Bonn formulierte Grundsätze, die Niederschlag in konkreten Planungsinstrumenten, in den Gebietsentwicklungsplänen von 1975 und 1984 und im Flächennutzungsplan 1975 fanden:

- Beibehaltung der Kleingliedrigkeit der Stadtstruktur und Anknüpfen an diese Strukturen;
- Vermeidung zu hoher und zu dichter Baumassen;
- Freihaltung der Höhen- und Grünzüge, Offenhaltung des gesamten Rheinuferes, Wahrung der Parklandschaft entlang dem Strom;
- Wahrung der Maßstäblichkeit in Architektur und Städtebau;
- Erhaltung des Wohnens;
- Ausrichtung der Zentralität der Stadtkerne.

Das "städtebauliche Rahmenkonzept" aus dem Jahre 1974 auf der Grundlage der Planungsüberlegungen der "Gruppe Hardberg" akzentuierte die Merkmale, die für die weitere Entwicklung von Bedeutung waren:

- Hervorhebung der Achse B9/ Stadtbahn als wichtigstes städtebauliches Element, bauliche Verdichtung und Platzbildung an den Haltepunkten;
- Bildung eines Schwerpunktes im Bereich des Bonn-Centers;
- Freihaltung der gesamten Rheinaue mit Ausnahme einiger komplementärer Einrichtungen.

Die ab 1977 als städtebauliche Berater des Bundes engagierten „Drei Weisen“ stellten der Orientierung an der vorhandenen Kleinteiligkeit des Siedlungsraumes den Wunsch nach repräsentativer Selbstdarstellung der Hauptstadtorgane gegenüber und entwickelten folgende Ziele:

- stärkere Öffnung zum Rheinstrom als Mitte mit hoher Symbolfunktion;
- Konzentration der Regierungsfunktionen auf den Bundesdistrikt, Beuel-Süd und Bad Godesberg;
- Großzügiger Umgang mit Raum und Fläche;
- Darstellung der Verfassungsorgane, "Platz des Grundgesetzes";
- Kritik an der Regierungsallee-Planung forderte die Gliederung in Abschnitte und das Hineinziehen eines Landschaftsstreifens (mit Südtangente),
- Durchgestaltung des Straßenraumes;
- Ausbau von Entlastungsstraßen.

Noch in den frühen 1980er Jahren charakterisierte das Stadtplanungsamt das Viertel unter weitgehender Berücksichtigung der historischen Entwicklung.

- Die Lage des engeren Parlaments- und Regierungsviertels wurde als Übergangsbereich zwischen der Südstadtbebauung und der parkartigen Landschaft der Rheinaue, zwischen Hauptverkehrsstraße B9 und Rheinufer beschrieben;
- die Park- und Villenlandschaft bestimmt den Bereich des engeren Regierungsviertels;
- die Bebauung lehnte sich drei- bis viergeschossig an die Terrassenkante an;
- das Abgeordnetenhochhaus ist der einzige freistehende Orientierungspunkt;
- die B9 wurde als Schneise gewertet, von der Querverbindungen zum Rhein bestehen;

- der gegebenen städtebaulichen Unordnung wurde geschichtlicher Wert zugesprochen;
- die Wohnnutzung sollte erhalten bleiben.

In der Auseinandersetzung mit den Konzepten einer baulich-städtebaulichen Form für die vorgegebenen Inhalte wird deutlich, wie intensiv das Gebiet mit Planungen hochkarätiger Fachleute überdeckt wurde und wie stark die Diskussionen nach 1973 in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt sind. Kaum ein anderes Planungsgebiet ist mit staatlichen Aufgaben neu gefüllt und gleichzeitig im baulichen Ausdruck immer wieder scharf gebremst, in Frage gestellt, neu erörtert und dann mit neuen Ansätzen geformt worden. Kein anderes Gebiet spiegelte in seiner Vielfalt eine solche zentrale Zerrissenheit.

Analyse des Gebietes

Nach dem Umzug der Bundesregierung von Bonn nach Berlin 1999 wurde die Regierungszeit in Bonn zu einer historischen Epoche, die die Gronau, während vorhergehende Nutzungen überdeckt und lediglich in Relikten erhalten waren, nachdrücklich und umfassend geprägt hatte. Auf der Grundlage der historischen Vorgaben wurden die für das Wesen des Gebietes relevanten historischen und denkmalpflegerischen Aspekte herausgearbeitet und kartographisch dargestellt (Abb. 6-11).

Das Gebiet umfasst, begrenzt durch Bahn, Rhein und den rechtsrheinischen Teil der Rheinaue, die Zweite Fährgasse und Kennedyallee, den topographisch städtebaulichen Raum zwischen dem Stadtkern von Bonn und dem Ortskern von Bad Godesberg, den Raum, in dem sich seit 1949 die Regierungsfunktionen einrichteten und dem Gebiet einen neuen Inhalt verliehen. Das Gebiet ist eine Pufferzone zwischen den Städten und den umgrenzenden Dörfern, die über Jahrhunderte als solche geprägt war, die jedoch auch ein Eigenleben geführt hat. Ab 1949 wurde die weitere Entwicklung bestimmt durch den Regierungssitz. 50 Jahre Bundesregierung in Bonn. Innerhalb des umrissenen Gebietes, das überschlägig 700 Hektar einschließt, kann zwischen einzelnen Teilbereichen als in sich stimmige Einheiten unterschieden werden.

Teilbereiche mit historischem Wert im Regierungsviertel (Abb. 6)

Der Rhein ist das die Kulturlandschaft prägende und auch heute noch vorherrschend bestimmende Element des Landschaftsraumes. Das Regierungszentrum, der Kernbereich, ist rot unterlegt.

Nach Umnutzung der Villa Hammerschmidt und des Palais Schaumburg, der Pädagogischen Akademie erfolgte um diese Bauten eine räumliche Schwerpunktbildung des Regierens in der Gronau. Von hieraus bis zur Zweiten Fährgasse vollzog sich nach Norden auf der rechten Seite der Adenauerallee am Rhein durch markante Neubauten (Postministerium, Auswärtiges Amt) innerhalb der vorgegebenen städtischen Strukturen auf Grundstücken mit Sondernutzung (Mehlem'sche Fabrik, Ecke Zweite Fährgasse; Kronprinzenpalais, Ecke Tempelstraße/ehemals Wörthstraße) eine Verzahnung der Hauptstadtfunktionen mit den Stadtausläufer.

So wie die Pädagogische Akademie bereits in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts als ein Magnet oder Attraktor der Bautätigkeit im Süden von Bonn außerhalb der städtischen Struktur wirkte, war nach dem Einzug des Bundeshauses eine ähnliche Entwicklung zu erkennen. Um das Bundeshaus entstand durch Umnutzungen, aber auch durch Neubauten über Jahrzehnte eine Konzentration von durch den Sitz der Bundesregierung bedingten Funktionen: Abgeordnetenwohnhäuser, Landesvertretungen, Botschaften, Presse, Kanzleramt, Rundfunk, Verbände.

Mit der Erschließung des Gebietes ging die Präsenz der kirchlichen Gemeinden einher: zwei katholische Kirchen (St. Winfried, Heilig Geist) wurden neu gebaut, der Sitz des katholischen Militärbischofs wurde an der Adenauerallee eingerichtet, die evangelische Thomaskapelle entstand an der Kennedyallee, die Vertretung der evangelischen Kirchen-

gemeinde in der Fritz-Erler-Straße, die Synagoge in der Tempelstraße, die anglikanische Kirche in der Amerikanischen Siedlung.

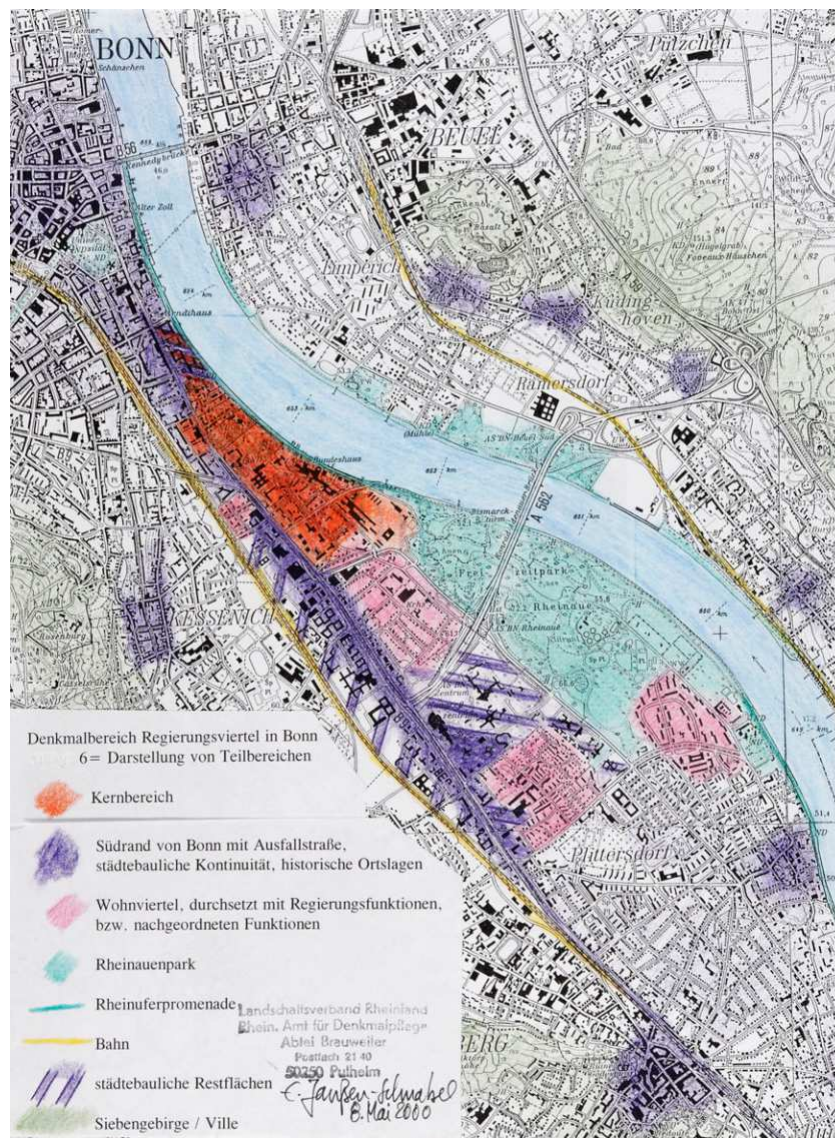


Abb. 6: Teilbereiche mit historischem Wert im Regierungsviertel.

(Die städtischen Ausläufer von Bonn und Bad Godesberg jenseits der mittelalterlichen Grenzen sind lila unterlegt; die Verzahnung mit Freiräumen / Natur und kultivierter Natur ist grün dargestellt.)

Hauptwegführungen sind die B9, die Rheinpromenade und die Kennedyallee.

Die Stadterweiterung von Bonn vollzog sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts entlang der Koblenzer Straße, heute Adenauerallee als Ausfallstraße in Form von Blockrandbebauung, von kontinuierlich dichter, fest an der vorgegebenen Straßentrasse orientierter, homogener städtischer Bebauung in geschlossenen Zeilen. In Einzelbauten wie Museum Koenig oder die Kinderklinik, die in der Zurücksetzung als Solitär das geschlossene Zeilensystem durchbrechen, wurden neue Funktionen am Ortsrand etabliert. An der dem Rhein zugewandten Straßenseite weisen die Objekte eine Eingangsfront zur ehemaligen Koblenzer Straße auf und als rhythmisch aufgebrochene Zeile eine Schauseite zum Rhein, eine zum Siebengebirge gerichtete „Bellevueseite“, erhöht über dem Wasser mit Gartenabgängen zum Flussufer. Die Koblenzer Straße blieb HAUPTSCHLIEßUNGSSTRAßE für die Stadt Bonn, das unmittelbare Rheinufer blieb Fußgängerpromenade. Insgesamt entspricht die städtebauliche Entwicklung bis zum Bundeskanzlerplatz den Kriterien einer wachsenden aufstrebenden Stadt des späten 19. Jahrhunderts und ist in ihrer Erscheinung fassbar und anschaulich. Als sich im ausgehenden 19. Jahrhundert die städtischen

Funktionen der Stadt Bonn um neue Bauaufgaben, die eine eigene Architekturfassung erhielten, erweiterten: Wasserwerk, Stadthalle, öffentlicher Park, Sportplatz, wurden die neuen Aufgaben, an den südlichen Stadtrand gelegt. Bauliche Zeugnisse sind vollständig oder in Restspuren erhalten, die im Umkreis gelegenen Fabriken nicht mehr.

Der südliche Abschnitt der Bundesstraße B9 vom Museum Koenig, (ehemals Koblenzer Straße, Godesberger Allee, heute: Adenauerallee, Willy-Brandt-Allee, Friedrich-Ebert-Allee) ist ein Teilstück der Hauptverbindungsstraße in nord-südlicher Richtung parallel zum Rhein. Die Trassierung geht zurück auf die militärische Haupterschließungsstraße Germaniens unter römischer Herrschaft, die in der Nachfolgezeit Bedeutung als europäische Handels- und Durchgangsstraße von Italien bis zu den Niederlanden und zur Nordsee gewann.

Innerhalb des Regierungsviertels ist die Straße die eigentliche tragende Achse, an der sich wichtige Funktionen orientierten: der Sitz des Bundespräsidenten, der Sitz des Bundeskanzlers, das Auswärtiges Amt, das Postministerium, Justizministerium, einzelne Botschaften – insbesondere die Britische Botschaft, die Iranische Botschaft, die Japanische Botschaft, die Tunesische Botschaft – die Sitze der drei großen Parteien CDU, SPD, FDP, die die Politik der ersten Jahrzehnte nach 1949 bestimmten, das Bundespresse- und Informationsamt, das Haus der Geschichte, die Bundeskunsthalle, das Kunstmuseum. Lage und Baukörperausbildung sind jeweils der Funktion entsprechend gewählt, dem jeweiligen Bau eigen, vorwiegend nüchtern-zweckmäßig. Dennoch entfaltet jeder der Bauten als Solitär eine großmaßstäbliche Wirkung in den Straßenraum. Die Straße selbst ist als mehrspurige Fahrstraße ausgebaut und kann als Allee weniger im Flanieren als vielmehr im Durchfahren erlebt werden.

Die Rheinpromenade (blaugrün) wird am Stadtrand von Bonn und im Norden von Bad Godesberg als überleitendes verbindendes städtebauliches Element gewertet.

Durch Uferbefestigung, Gartenmauern, zum Teil mit angelehnten Lagerräumen, Kellern oder aufsitzenden Gartenarchitekturen und durch Treppenaufgänge ist die Geländeterrassenstufe architektonisch gefasst und in die jeweilige Nutzung gestalterisch einbezogen. Bepflanzung begleitet die Promenade, nimmt Bezug auf Mauern, Pavillons und Grotten. Bäume pointieren die Gartengestaltung, grenzen seitlich ab, bieten Sichtschutz zum Nachbargrundstück, schaffen Räume und optische Eindrücke im Park selbst, stellen ihn in eine Bildfolge zur gegenüberliegenden Rheinseite, flankieren den Blick zum Siebengebirge und rahmen in umgekehrter Richtung das Bauwerk selbst. Die Rheinpromenade ist ein verbindendes Element zwischen Gärten und Rhein und ein wichtiges Element der Orts-silhouette.

Im Bereich der Rheinaue begleitet ein Spazierweg den Fluss. Wie eine Schnur fädelt er einzelne Objekte auf, Ruderhäuser, Anlegestege, Reste des Trajekts, Bismarckturm, Brücke.

Die Kennedyallee lehnt sich im Verlauf an die vorhandene Wegführung am Hochkreuz an und setzt als mehrspurig ausgebaute Straße den Ausläufern der seit dem 19. Jahrhundert zusammengewachsenen Orte Godesberg, Rüngsdorf, Plittersdorf und Friesdorf eine städtebauliche Grenze. Die ehemalige Stadtgrenze von Godesberg verläuft weiter nördlich, südlich der Bismarcksäule. Wenige Einzelvillen liegen nördlich der Kennedyallee. 1935 wurde Godesberg zur Stadt erhoben. 1969 erfolgte der Zusammenschluss mit Bonn und Duisdorf.

Die Wohngebiete (Abb. 8, rosa gekennzeichnet)

Der Wunsch nach großzügiger Architektur auf großen Grundstücken führte Ende des 19. Jahrhunderts und Anfang des 20. Jahrhunderts zur Anlage von Wohnvierteln, bzw. Wohnstraßen außerhalb der dicht bevölkerten und durch Gewerbe geprägten Stadt Bonn. Im Süden von Bonn reizte der Blick auf das Siebengebirge, verstärkt durch die Woge der Rheinromantik.

Der Standort der Regierung führte nach 1949 zu einem hohen Bedarf an Abgeordneten-Wohnungen, Wohnungen für Bundesbedienstete und an Wohnhäusern. Es entstanden

Bauten unterschiedlicher Haustypen und Qualitäten. Das Spektrum reichte von Appartementshäusern für Bundestagsabgeordnete, die wochentags in Bonn arbeiteten und am Wochenende zum Heimatort pendelten, bis zu luxuriösen Einfamilienhäusern, von schlichten unscheinbaren Zweckbauten bis zu anspruchsvollen Einfamilienhausentwürfen in zeittypischer Architektursprache. In unmittelbarer Nachbarschaft und in fußläufiger Nähe zu den zentralen Regierungsorganen wuchsen in den 1950er, 1960er und 70er Jahren Einfamilienhausgebiete. Hierzu zählt südlich des Johanniterkrankenhauses das Johanniter-Viertel, ein Neubaugebiet in planmäßiger Anlage als Atrium-/ Bungalowsiedlung. Zwei- und Mehrfamilienhäuser gruppierten sich in der überregional üblichen Planungsweise der 1960er Jahre um Ladenzeilen zur Versorgung des Gebietes.

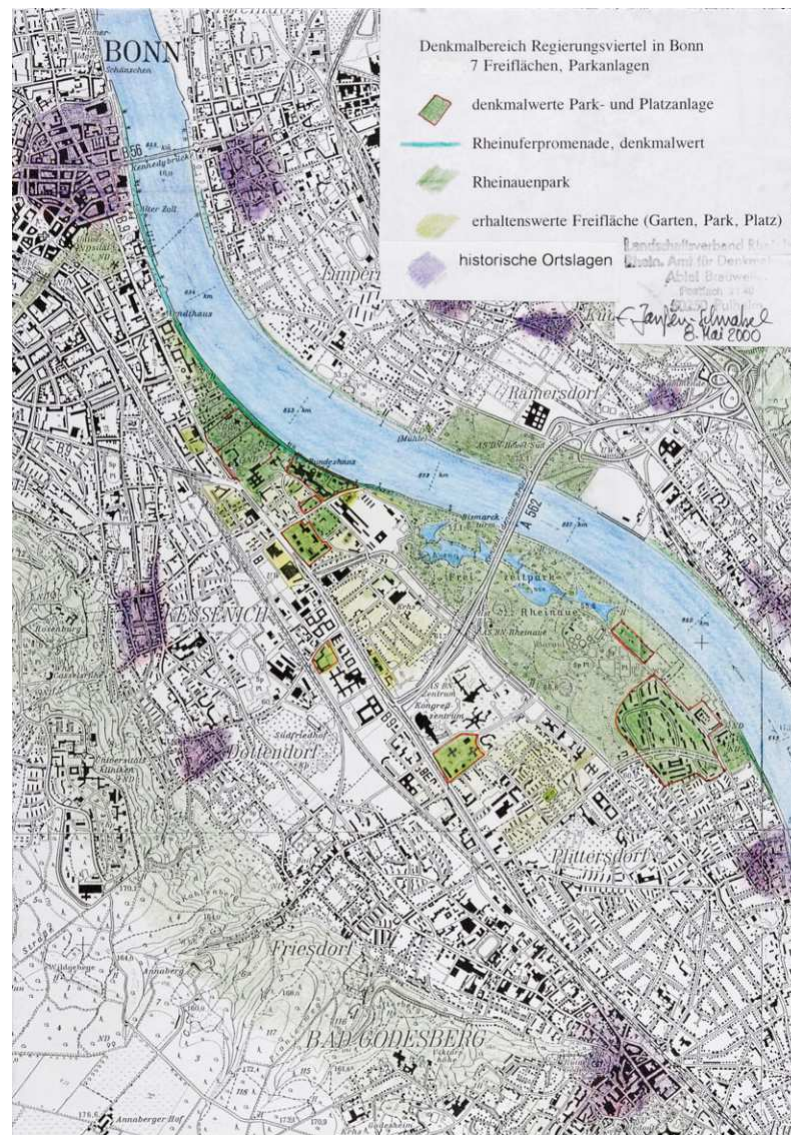


Abb. 7: Freiflächen, Parkanlagen mit historischer Aussage.

Eine Sonderstellung nimmt die Amerikanische Siedlung ein. Sie wurde 1951/ 1952 durch die Vereinigten Staaten von Amerika nach dem Entwurf des Architekten Sep Ruf zusammen mit Apel, Letocha, Rohrer, Herdt erbaut. Hermann Mattern (und Heinrich Raderschall) zeichneten verantwortlich für die Grünplanung. Gewerbeflächen liegen im Westen an der Bahn mit großmaßstäblichen Objekten und sind für den Denkmalbereich „Regierungsviertel“ ohne historische Bedeutung.

Durch die Anlage des Rheinauenparks (Abb. 7, grün) als Gelände der Bundesgartenschau 1979 wurde die noch bestehende landwirtschaftliche Restfläche zwischen den Orten am Rhein gestalterisch in eine neue Form, eine landschaftliche Kunstform umgewandelt. Das

am Ende eines bundesweiten Wettbewerbs gekürte Gestaltungskonzept des Gartenarchitekten Gottfried Hansjakob aus München erstreckte sich über beide Uferseiten des Rheins, sah Erdbewegungen und Neuanlage von Teichen in organischen Formen vor, Anpflanzungen als Gestaltungselemente, großzügige durch die Geländemodellierung abwechslungsreiche Wiesen, weiche Übergänge nach außen, einen klaren optischen Bezug und eine Ausrichtung auf das Siebengebirge. Nach der Zielsetzung der Anlage entfaltete der Park durch seinen Bewuchs erst nach 20 bis 30 Jahren seine volle Geltung.³⁵

Die historischen, denkmalpflegerischen Aspekte des Regierungsviertels werden in den einzelnen thematischen kartographischen Darstellungen anschaulich.

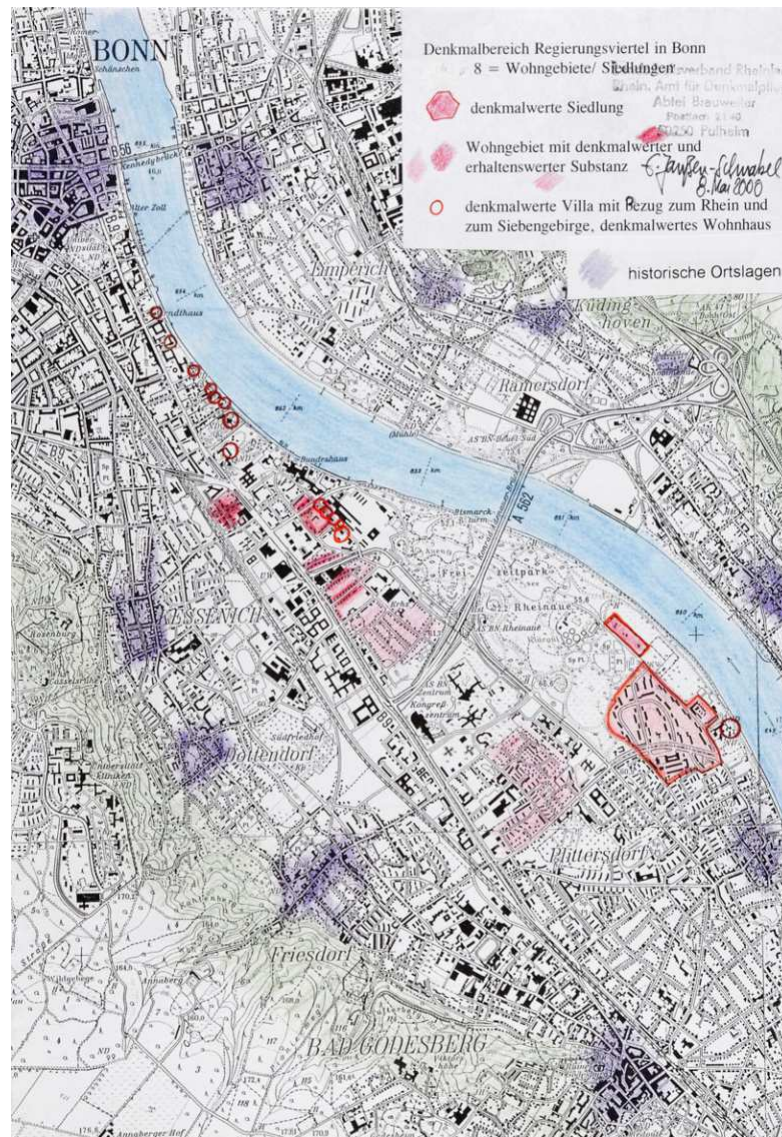


Abb. 8: Wohngebiete, Siedlungen im Regierungsviertel.

So steht der Rheinauenpark innerhalb des Regierungsviertels in einem räumlichen Zusammenhang von Parkanlagen, Gärten von Villen und Wohnhäusern, Freiflächen und Plätzen.

Einzelne sehr aufwändige Parkanlagen sind aufgrund der Gestaltung, den historischen des Bewuchses, der Architekturelemente wie Grotten, Mauern, Pavillons, Skulpturen selbst denkmalwert, bzw. werden als denkmalwert dem jeweils zugehörigen Objektdenkmal zugeordnet, so die Gärten von Villa Hammerschmidt und Palais Schaumburg. Andere Park-

³⁵ Hansjakob (wie Anm. 34)

anlagen besitzen keinen eigenen Denkmalwert, sind aber erhaltenswerte Grün- und Freiflächen im Zusammenhang mit einem denkmalwerten Objekt. Dies trifft auf einzelne Gärten und Vorgärten einschließlich der Mauern, Zäune und des historischen Baumbestandes beispielsweise an der Heussallee zu. Einzelne Gärten sind in ihren gestalterischen Restspuren unabhängig von dem zugeordneten Objekt von erhaltenswerter Aussage (gemäß § 25 Denkmalpflegeplan des Denkmalschutzgesetzes von Nordrhein-Westfalen) andere Freiflächen sind von Bedeutung für den Gesamtzusammenhang des Viertels.

Platzanlagen können Teil eines Denkmals sein (Heussallee 2-10) oder sie sind als städtebauliche Einheit erhaltenswert innerhalb des Regierungsviertels.

Abb. 8 hebt die oben genannten Siedlungen, Wohngebiete und Villen am Rhein des ausgehenden 19., frühen 20. Jahrhunderts und die Siedlungen seit den 1950er Jahren graphisch hervor, in der Farbtönung unterschieden nach ihrem Denkmalwert.

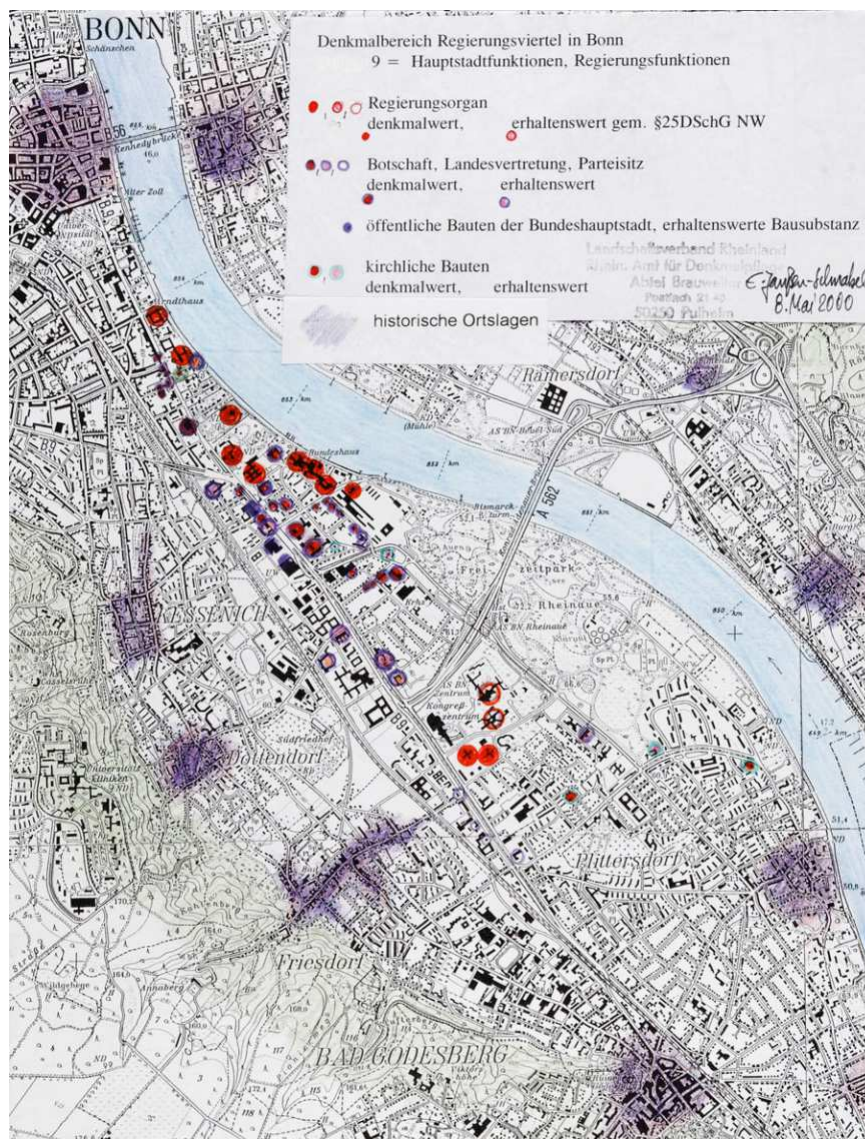


Abb. 9: Hauptstadtfunktionen, Regierungsfunktionen.

Abb. 9 stellt die Bundesorgane in der Hauptstadt (Bundestag, Bundesrat, Bundespräsident, Bundeskanzler, Bundesministerium) und die zugeordneten Einrichtungen (Botschaften, Landesvertretungen, Ämter und Einrichtungen des Bundes) dar, weiterhin öffentliche Bauten wie Kirchen und Museen. Der Plan spiegelt die Magnetwirkung der Regierungsfunktion und die bauliche Verdichtung wider. Er veranschaulicht die politische, geschichtspolitische Bedeutung des Gebietes.

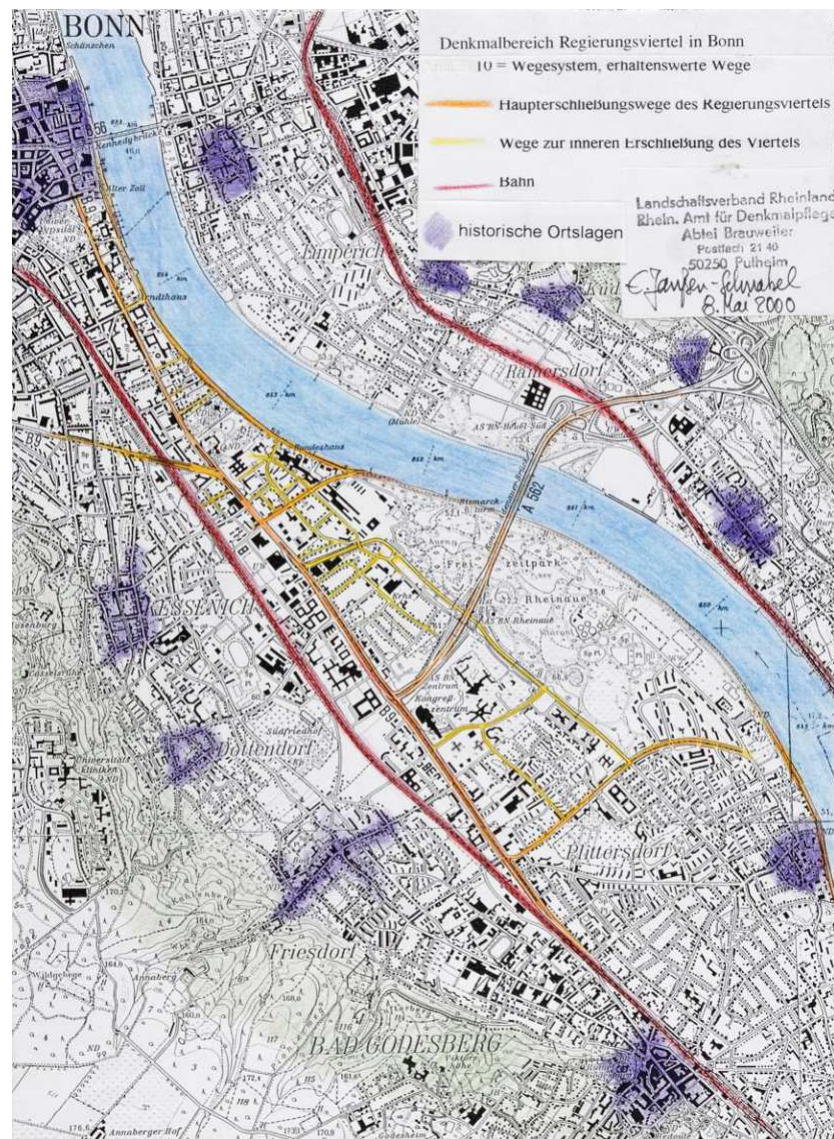


Abb. 10: Historisches Wegesystem im Regierungsviertel.

In Abb. 10 sind die Wege und Straßen in ihrer Bedeutung untereinander und in ihrer Wertigkeit für das Gebiet dargestellt. Von der B9 als Haupterschließungsachse zweigt die Heussallee rechtwinklig als Quererschließung des Gebietsinneren ab. Als Parallele angelegt führen nachgeordnete Wohnstraßen in die Wohngebiete.

Die Franz-Josef-Strauss-Allee folgt in der eingeschnittenen Trassenführung der Fahrspur der früheren Eisenbahnlinie mit dem anschließenden Rhein-Trajekt. Sie bildet außerdem die Zufahrt zum Rheinauenpark. Die Kennedyallee als südliche Grenze ähnelt im Straßenausbau und in der Reihung der Einzelobjekte den Merkmalen der B9. Solitärbauten liegen nebeneinander und einander gegenüber.

Die Rheinpromenade konturiert als befestigte Linie zwischen Ortszentren und Flussbett und findet im Rheinauenpark eine verbindende Ausgestaltung.

Die Bewertung – Der Denkmalbereich auf der Grundlage der Erfassung in den Jahren 1998 bis 2000

Nach einer systematischen Erfassung und Prüfung der einzelnen Gebäude gemäß §2 Denkmalschutzgesetz von Nordrhein-Westfalen wurde Ende 1998 und vertieft im Mai des Jahres 2000, auf der Grundlage einer umfassenden Kartierung eine Analyse und Bewertung des Gebietes unter städtebaulich-historischen Gesichtspunkten mit einer detaillierten Herausarbeitung der Bedeutung eines Denkmalbereiches erstellt. In der Entwicklung von römischer Zeit bis heute mit der umfassenden Prägung durch die 50 Jahre

der Regierung in Bonn erfüllte das Regierungsviertel mit baulichen Anlagen, Gärten, Parkanlagen gestalteten Freiflächen und auf Architektur bezogener Bepflanzung die Kriterien eines Denkmalbereiches gemäß Denkmalschutzgesetz NW mit dem Ziel, durch den Erlass einer entsprechenden Satzung durch die Stadt Bonn diesen Charakter zu bewahren und auch späteren Generationen ein Stück Geschichte anschaulich zu überliefern.

Ein Denkmalbereich umfasste das Regierungsviertel als Mehrheit baulicher Anlagen, die durch einen engen inneren historischen Zusammenhang insgesamt erhaltenswert war. Das Regierungsviertel hatte zum damaligen Zeitpunkt den Wert eines Denkmalbereiches, der thematisch durch die Idee des Regierens zusammengehalten wurde. In Bonn residierten in den ersten 50 Jahren der Bundesrepublik die Regierungsorgane, im Süden der Stadt formierte sich das Regierungszentrum, die zentrale Schaltstelle der Republik. Über Berichte und Bilder – durch die Medien als Multiplikatoren – war gesellschaftlich ein an den Ort gebundenes politisches Gedächtnis gewachsen. In dem Viertel am Rhein, in seinen Außenräumen, baulichen Konstellationen, in den Gebäuden, in den Sälen hatten Treffen, Sitzungen, nationale und internationale Verhandlungen stattgefunden und waren politische Beschlüsse gefasst worden, so dass der Umzug nach Berlin das Viertel als ein greifbares Dokument hinterließ, dessen städtebauliche und architektonische Räume beim Begehen anschaulich und unmittelbar Geschichte erzählten.

Das städtebauliche Miteinander im Bestand der Jahre 1998 bis 2000 ließ sich in Teilgebieten und thematischen Zusammenhängen analysieren. Es verdichtete sich aber auch ein Gefüge aus städtebaulich wirksamen, großflächigen Anlagen, in denen sich zum Teil Bedeutungsinhalte überlagern. Dazu zählen die Villen am Rhein mit den großzügigen Parkanlagen, darunter in der herausgehobenen politischen Bedeutung Villa Hammerschmidt zusammen mit dem Park und einschließlich der Nachkriegsbauten, Palais Schaumburg mit Altem und Neuem Kanzleramt, der Plenarbereich mit dem Wasserwerk, das „Tulpenfeld“ (Bundespressekonferenz), das Presse- und Informationsamt, der Rheinauenpark, die Villenreihe an der Kurt-Schumacher-Straße, die Wohnhäuserreihen an der Zitelmannstraße, an der Friedrich-Wilhelm-Straße, an der Coburger- und Eduard-Pflüger-Straße, die Amerikanische Siedlung, die Wohnhäuser an der Fritz-Schäffer-Straße, das Johanniter-Viertel, das Wohnviertel um Heilig-Geist, die Kreuzbauten mit dem gestalteten Außenbereich, die durchgehende Bundesstraße 9 als „Regierungsallee“, im mittleren Abschnitt als Museumsmeile, die Parteizentralen.

Es konzentrierten sich im Umkreis der Regierungsfunktionen politisch bestimmte thematische Inhalte, so ließen sich Presseorgane bevorzugt an der Dahlmannstraße nieder, Landesvertretungen konzentrierten sich an der Welckerstraße und an der Kurt-Schumacher-Straße. Verschiedene Botschaften lagen an und nahe der Friedrich-Wilhelm-Straße.

Die Gesamtheit dieser Funktionen traf als ein bauliches Dokument eine historische Aussage zur Regierungszeit in Bonn. Diese Aussage und der Gesamtzusammenhang hätten in den Einzelobjekten, in kleinen städtebaulichen Einheiten und in der Betrachtung des Viertels als städtebauliches Grundmuster Maßstab für mögliche Entwicklungen sein können.

Begründung – Die Umsetzung der Planungsgeschichte in das Instrument Denkmalbereich.

Die Begründung des Denkmalbereichs würdigte die Nachkriegsentwicklung, basierte auf einem Erkennen des historischen Geflechts und einem Anerkennen des historischen Wertes für die Bundesrepublik von 1949 bis 1999 und erstrebte ein Abgleichen anstehender Veränderungen mit dem historischen Bestand. Im Regierungsviertel in Bonn hatte die Idee des Regierens einen eigenen baulichen Ausdruck gefunden, der in der spezifischen Situation der Nachkriegszeit wurzelte und der durch die Formulierung von Planungszielen flächenhaft wirksam geworden war.

Der festgestellte Denkmalbereich „Regierungsviertel“ unterschied sich ganz entscheidend von anderen Denkmalbereichen, insofern als das die Einheit stiftende und die Gesamtaussage begründende Moment, nicht in einheitlich zu erfassender oder homogener Architektur zu erkennen war. Das Regieren war zunächst nur abstrakt.

Das Gebiet hatte als Abstandraum, als Puffer zwischen den Städten ein Eigenleben geführt. Die beschriebenen historischen Schichten von der römischen Zeit bis Mitte des 20. Jahrhunderts überdeckten sich, die Zeit als Regierungsort definierte das Gebiet in verschiedenen Entwicklungs- und Planungsphasen schließlich als eigenen Stadtteil und als ein aussagekräftiges städtebauliches Ganzes.

Ziel war, an Hand der bewerteten Substanz und des städtebaulichen Netzes und Gesamtgefüges den in 5 Jahrzehnten gewachsenen Charakter zu bewahren, die über lange Zeit erarbeiteten und geltenden Planungsleitsätze und Rahmenbedingungen aufrecht zu halten und auch für die Zukunft gelten zu lassen, die Leitsätze beizubehalten, die sich in der Substanz manifestiert hatten, bauliche Substanz unter städtebaulichen Gesichtspunkten zu erhalten und dadurch Geschichte sowohl im Viertel insgesamt, als auch in seiner Architektur und in seinem Städtebau an originalen Zeugnissen zu vermitteln. Denn durch alle Diskussionen, Planungen und Leitbildformulierungen zog sich eine sich kontinuierlich aufbauende Planungsauffassung, durch die das denkmalpflegerische Interesse begründet werden konnte: die Respektierung des Bestandes.

So legte der Bestand 1999 Zeugnis ab von den vielen Facetten seiner Geschichte. Der betrachtete Raum war Übergangsbereich von der städtischen Bebauung zur parkartigen Landschaft, Abstandsraum der Residenz- und Universitätsstadt zum dörflichem Charakter der angrenzenden Außenbereiche; die Kleingliedrigkeit der Struktur sollte beibehalten werden unter Anknüpfen an die architektonische und die städtebauliche Maßstäblichkeit der Stadtränder von Bonn und Bad Godesberg. Zu hohe und zu dichte Baumassen sollten vermieden werden, 3- und 4-Geschossigkeit beibehalten, auf ein neues Zentrum zwischen Bonn und Bad Godesberg sollte, unter Wahrung der Zentralität der Stadtkerne, der Offenhaltung des gesamten Rheinuferes und unter Wahrung der Park- und Villenlandschaft verzichtet werden, die Achse der Friedrich-Ebert-Allee (B9) sollte als städtebauliches Element, das durch Querverbindungen mit dem Rheinufer verbunden ist, beibehalten und das Abgeordnetenhochhauses als einzig freistehender Orientierungspunkt gewürdigt werden.

Darüber hinaus war die in Ansätzen verwirklichte städtebauliche Ordnung von geschichtlichem Zeugniswert.

Schutzgegenstände des Denkmalsbereiches sollten sein: Bauten, bauliche Anlagen, Freiflächen, Wegesystem/Grundriss, Silhouette und Sichtbezüge.

Erhaltung von Bauten und baulichen Anlagen

Der Gesamteindruck erwies sich als ein Konglomerat von Architektursprache und Städtebau und erschloss sich dem Betrachter schrittweise über die Abfolge der Bauphasen.

In den beschriebenen Bestand und in die weiten Freiflächen wuchsen die Bundesorgane, zunächst unauffällig unter Nutzung und Transformierung des Vorhandenen, dann mit einzelnen behutsamen, funktionsbestimmten Bauentwürfen, zwischen denen das Abgeordnetenhochhaus das markante und für das Viertel identitätsstiftende Zeichen setzte. Größere Einzelprojekte, die Festpunkte innerhalb des Regierungsviertels bildeten, sind neben dem Hochhaus das Bundeskanzleramt, die Museen an der Friedrich-Ebert-Allee, die Kreuzbauten – Justizministerium, Forschungsministerium –, die Parteizentralen, einzelne Landesvertretungen, Botschaften, Körperschaften, das Tulpenfeld (Pressekonferenz) und zuletzt Bundesrat und Bundestag / der Plenarbereich am Rhein zu nennen.

Nach dem Umzug der Bundesregierung nach Berlin war es denkmalpflegerisches Ziel, die Bauten insgesamt als Dokumente der deutschen Geschichte und Geschichte der Bundesrepublik zu erhalten, und zwar in der Dominanz der Baukörper zueinander, in der Abfolge der Volumina und der Baugestaltung entsprechend der ursprünglichen Nutzung, in der Zuordnung und in der städtebaulichen Ordnung, im Miteinander von öffentlicher Funktion und Wohnen, in der gegenseitigen behutsamen Durchdringung von Regierungsfunktionen im Wohngebiet, in der Verzahnung mit den großzügig bemessenen Freiflächen.

Das Miteinander der Bauten, der Gesamtzusammenhang, der bauliche und städtebauliche Maßstab sollten erhalten werden. Abb. 1 erläutert die Schutzgegenstände. Eine gewichtige Dimension gewinnt die erhaltenswerten Bausubstanz (denkmalwert = rot kartiert, erhal-

tenswert gem. § 25 DSchG NW = rosa). Die erhaltenswerten Bauten sind neben den denkmalwerten Bauten wesentliche Träger der historischen Information. Sie sind aufgrund minderer historischer Qualität oder aufgrund von Veränderungen selbst nicht denkmalwert, überliefern aber im Miteinander eine historische erhaltenswerte Aussage. Der Denkmalsbereich bestimmte den inhaltlichen Rahmen für diese Objekte und hätte somit die aufgehende Substanz insgesamt geschützt.

Erhaltung der Freiflächen

Zu den erhaltenswerten Freiflächen zählten die Garten- und Parkanlagen, die dem jeweiligen Baukörpern zugeordnet und entsprechend gestaltet sind (Hausgärten, Villenparks), aber auch die gestalteten, auf den jeweiligen Bau bezogenen Freiflächen von Solitärbauten wie Bundeshaus, Abgeordnetenhaus, Landesvertretungen, die jeweils für die baukörper eigene Wirkung und für ein harmonisches Miteinander als Abstandzone den umgebenden Freiraum brauchen.

Als besondere Freifläche wurde der Rheinauenpark als Ergebnis der Bundesgartenschau 1979 gewertet, eine erhaltenswerte gestaltete Freiraumanlage innerhalb des Denkmalsbereiches, ein wichtiges Merkmal und prägendes Element des Regierungsviertels im Übergang zum Rhein und in der Verbindung zum Landschaftsraum, weiträumig betrachtet das verbindende Element zur umgebenden Landschaft und zu dem auf der gegenüberliegenden Rheinseite liegenden Siebengebirge.

Beibehaltung von Wegesystem und Parzellierung

Die Erhaltung des Gebietsgrundrisses aus Straßen- und Wegeführung, Platzbildung, aus Parzellenteilung und aus dem Verhältnis von bebauter zu unbebauter Fläche. Erhaltung der Hierarchie innerhalb des Straßen- und Wegenetzes.

Der B9 wird als Haupterschließungsachse des Gebietes aus den Stadtkernen Bonn und Godesberg mit sammelnder Funktion von Solitärbauten entlang der Straße und rückwärtigen Freiflächen besondere Bedeutung zugesprochen.

Die Querverbindungen von der Bahnlinie, über die B9 zur Rheinaue sind der B9 nachgeordnet, bilden aber zusammen mit der B9 das Erschließungsgerüst und ermöglichen den Zugang zu den Wohngebieten und den einzelnen Behörden- und Körperschaftsbauten. Die Heussallee nimmt innerhalb der Querverbindungen eine vorrangige Stellung ein.

Das Gebiet wird großräumig durch die Ludwig-Erhard-Straße und die Konrad-Adenauer-Brücke, ebenso durch die Reuterbrücke mit der Reuterstraße an das Autobahnnetz angebunden.

Die Eisenbahn begrenzt das Gebiet im Westen; eine Anbindung an den Rhein im Osten in Form von Anlegestellen – abgesehen von den Stegen der Rudervereine –, Häfen, Fähren hat es nicht gegeben, wohl eine Rheinpromenade (Stresemann-Ufer) und eine Verzahnung mit dem topographischen Ort, ein Durchdringen von Wasser und Grünflächen im Rheinauenpark. Der Grundriss des Viertels besteht aus Straßen- und Wegesystem, Parzellenzuschnitten, Platzbildungen, Freiflächenanlagen und aus dem Verhältnis von bebauter zu unbebauter Fläche. Die Wege sollen in ihrem Verlauf und in der Rangfolge zueinander, die Parzellen in ihrer Maßstäblichkeit erhalten werden.

Schutz der Silhouette

Der Silhouette wurde für den Denkmalsbereich eine Schlüsselposition großer Fernwirkung zu allen Seiten zugesprochen. Inmitten des räumlichen Stadtkörpers aus niedriger, in etwa gleichmäßig hohen Bebauung, durchzogen von großzügigen Grünflächen, definierten das Hochhaus am Tulpenfeld, das CDU-Hochhaus und das Bonn-Center den städtebaulichen Rahmen, dessen Festpunkte sich je nach Standpunkt gegeneinander verschoben und dem das Abgeordnetenhochhaus einen Dreh- und Mittelpunkt schuf. In der Rheinansicht sortierte und formte sich das Spektrum der Bauten und Parkanlagen schließlich zum Erkennungszeichen des Viertels.

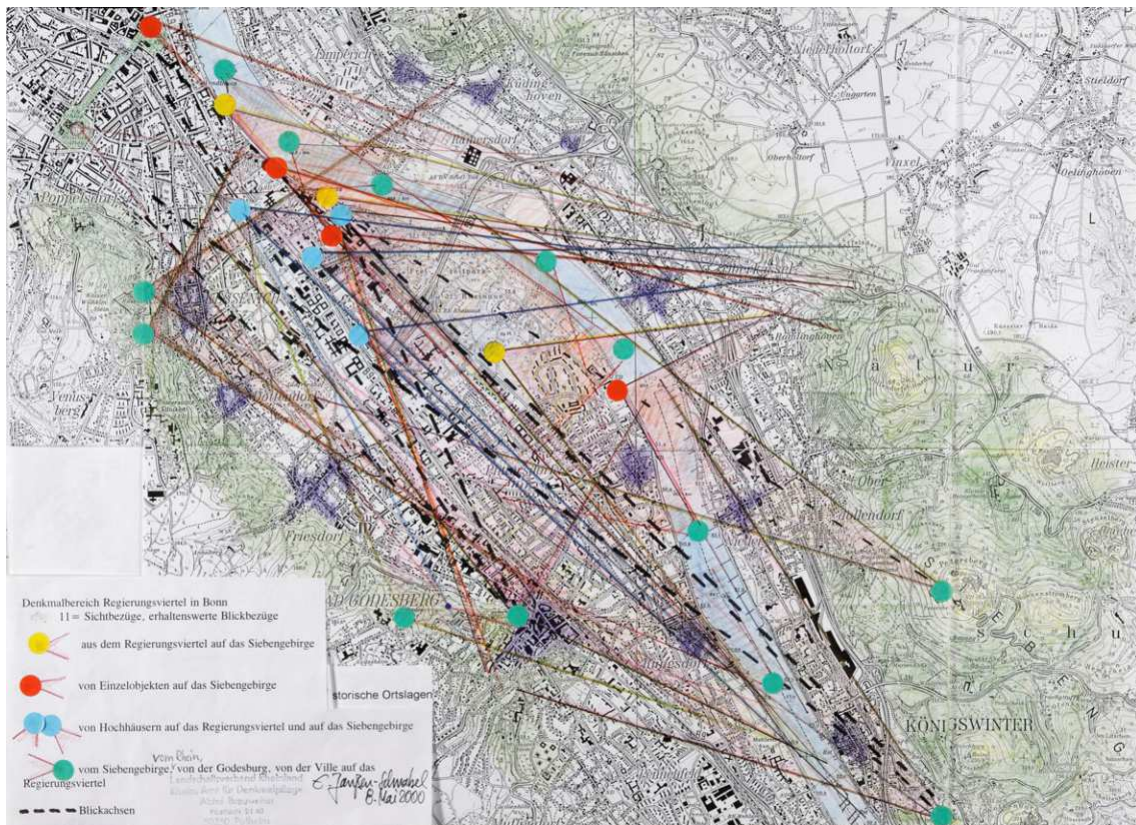


Abb. 11: Prägende Sichtbezüge.

Charakteristische Ansichten zeigten sich dem Betrachter von Norden, von der Bonner Innenstadt, von Osten von der gegenüberliegenden Rheinseite und von der Konrad-Adenauer-Brücke. Die Silhouette galt als erhaltenswert mit dem Abgeordnetenhochhaus als Orientierungs- und Identifikationspunkt von allen Seiten (Abb. 11).

So wurde sie wahrgenommen von Bonn und vom Rhein, während einer Rheinfahrt, von der gegenüberliegenden Rheinpromenade und von der Stadt mit dem Siebengebirge als Hintergrund. Durch die Zusammenschau der Silhouetten entwickelte sich der flächige Aufriss zu einem dreidimensionalen Bild mit Tiefenschärfe.

Es liegen in einzelnen Ebenen hintereinander:

- der Rhein mit der Konrad-Adenauer-Brücke, die Reste des Trajekt und die Uferbefestigung, die Anlegestege,
- die Reste der Stadthalle, die Promenade mit dem Baumbestand, der Rheinauenpark, der Bismarckturm,
- die Gartenmauern, die Gebäude der Rudervereine,
- die Pavillons,
- die Wasserwerke (Gronau und Plittersdorf), die Parkanlagen mit der Bepflanzung, den Einzelbäumen,
- die Villen mit Blickbezug, der Kanzlerbungalow,
- die Amerikanische Siedlung,
- das Hochhaus im Tulpenfeld, das CDU-Hochhaus, das Bonn-Center,
- Die Villa als Waldkante im Hintergrund mit dem Turm der Frauenklinik,
- das Siebengebirge als abrundende südliche Klammer, als plastische Sichel.

Markante Eckpfeiler und Verankerungen der Silhouette am Rhein waren die Villa Carstanjen im Süden und das ehemalige Postministerium im Norden.

Vom Standpunkt Bonn am Rhein und vom südlichen Rand der Innenstadt wurden in der Schichtenfolge das Siebengebirge, Abgeordnetenhochhaus, das Hochhaus im Tulpenfeld und das Bonn-Center und der Rhein als seitlich begleitendes Band wahrgenommen, wobei das Abgeordnetenhochhaus eine vertikale Linie und die Rheinbrücke eine horizontale Linie setzten (Abb. 12).

Vom Standpunkt Oberkassel wurden das südliche Siebengebirge und die Ville im Hintergrund, Bonn, die Godesburg, das Hochhaus im Tulpenfeld, das Bonn-Center, Abgeordnetenhochhaus im Vordergrund, die Rheinaue, die Promenade am Rhein und die verbindende Brücke erlebt.

Bauliche Verdichtung und Höhenentwicklung erfolgt in den zu beiden Seiten abgerückten Stadtkernen von Bonn und von Bad Godesberg. Um die einzelnen Schichten schlägt die Ville als Grenze der naturräumlichen Ebene einen Halbkreis.

Bis 2001 wurde ein landschaftlicher Gesamtraum wahrgenommen, kein reiner Stadtraum, der landschaftliche Bogen konnte optisch gespannt werden, die Landschaft diente der Orientierung, die Verbindung zum Naturraum war zu spüren und zu erleben. Von Norden, mit dem Bezug zur Stadt und zum Siebengebirge: von einzelnen Punkten an der Rheinpromenade und Gebäuden wie der ehemaligen kurfürstlichen Residenz, der Universität von Bonn, innerhalb von Bonn galt der Blick auf das Siebengebirge als gezielte Ausrichtung von Einzelplanungen und der Stadtplanung insgesamt aus historischen Gründen als erhaltenswert. Frühere Planungen haben hierauf Rücksicht genommen, so die Konrad-Adenauer-Brücke von 1972 durch ihre unaufdringliche Konstruktion. Das schlichte, leicht wirkende Balkensystem erhielt vor anderen Entwürfen den Vorzug, gerade weil es den freien Blick auf das Siebengebirge nicht beeinträchtigte.

Von der rechten Rheinseite, von Beuel und Oberkassel betrachtet, entfaltete sich die Silhouette in voller Breite vor der Ville im Hintergrund. Dennoch schloss das Regierungsviertel an den Stadtkern mit Münster und kurfürstlicher Residenz, war Teil des Bonner Stadtpanoramas und wies im Süden zur Godesburg und zum Siebengebirge.

Die Silhouette galt insgesamt als schützenswert.

Schutz der Sichtbezüge

Einzelne Blickbezüge innerhalb des Regierungsviertels, von außen auf einzelne Objekte – wie auf die Hochhäuser als städtebauliche Dominanten: Abgeordnetenhochhaus, Tulpenfeld, CDU-Hochhaus, Bonn-Center, zwischen Regierungsviertel, Siebengebirge und Godesburg (z.B. Abgeordnetenhochhaus – Drachenfels, Petersberg, Ölberg, Godesburg) und über das Regierungsviertel hinweg (Kurfürstliches Schloss, Poppelsdorfer Schloss – Siebengebirge, Godesburg) – waren für das Gebiet charakteristisch. Der ungestörten Ansicht des Siebengebirges aus Bonn wurde in vergangener Zeit hohe Bedeutung zugesprochen. Die genannten und kartierten Blickbezüge auf das Viertel und aus dem Regierungsviertel waren aus historischen Gründen bedeutend und erhaltenswert. Die das Gebiet betreffenden und prägenden Sichtbeziehungen sind in Abb. 11 eingetragen.

Räumliche Ausdehnung, die Grenze des Denkmalsbereiches

Der in Bild 1 der KuLaDig-Medienleiste kartierte räumliche Geltungsbereich wurde nach der Erfassung der Bausubstanz und damit der detaillierten Erfassung des Gebietes auf das rechtrheinische Gelände der ehemaligen Bundesgartenschau ausgedehnt. Außerdem wurden zwei Teilbereiche mit unterschiedlichen Anforderungen unterschieden: Über das eigentliche Geltungsgebiet hinaus umgreift eine zweite Fläche die schützenswerten Sichtbezüge.

Zusammenfassend konnte die Erhaltung der Struktur und der inneren Gestalt des Regierungsviertels als Denkmalsbereich mehrfach begründet werden:

Als Objekt der Geschichte war und ist das Regierungsviertel von allgemein wissenschaftlicher Bedeutung; als zentraler Ort der Staatswerdung und der demokratischen Festigung der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg war das Viertel ein Dokument der Staats- und Politikgeschichte, das mit vielen baulichen Details politisches Geschehen dem Bürger anschaulich in ein alltäglich selbstverständliches Umfeld brachte und wo politisches Geschehen gerade in dieser unauffälligen Umgebung die Aura der bodenständigen Seriosität bewahrte.



Denkmalbereich Regierungsviertel in Bonn
12 = erhaltenswerte Silhouette, Fotos



Abb. 12: Erhaltenswerte Silhouette, Fotos: LVR-ADR, Jürgen Gregori 2000.

Im Kreis der bundesdeutschen Städte mit (zeitgleichem) Sitz von Bundesorganen (Berlin, Kassel, Karlsruhe, Frankfurt) war Bonn mit dem Regierungsviertel die erste unter gleichen, damit ein besonderes landes- und stadtgeschichtliches Dokument mit der historischen Dimension von 50 Jahren, der zentrale Ort von politischen Entscheidungen und das Parkett der Außenpolitik.

Als Teil der Stadt Bonn sprachen für die Erhaltung stadtgeschichtliche Gründe und Gründe der städtebaulichen Entwicklung. Als Teil des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen war das Regierungsviertel der Ort, von dem weitreichende, auch landesgeschichtliche, Impulse ausgingen.

Auf die städtischen Zusammenhänge und Auswirkungen bezogen, war das Viertel von städtebaulicher Aussage, bezogen auf die Geschichte der Stadtplanung auch von stadtplanerischer Bedeutung.

So war auf der Grundlage von Bundesbaugesetz und Städtebauförderungsgesetz die Stadtplanung am Ort das Ergebnis des Zusammenwirkens von Bund, Land und Stadt unter Führung der zuständigen Behörden, Gremien und Ausschüsse nach den im Städtebauförderungsgesetz festgelegten demokratischen Verfahrensabläufen. Das Regierungsviertel spiegelt, ausgeführt als Entwicklungsmaßnahme mit Sicherung der Bodenordnung, die im Städtebauförderungsgesetz von 1971 vorgegebenen Vorgehensweisen, die sich über lange Zeiträume ziehenden städtebaulichen und architektonischen Umsetzungen in ihren Auf- und Abschwungphasen mit neuen Anstößen und unvollendeten Vorstößen. Die Instrumente der Entwicklungsmaßnahme gemäß Städtebauförderungsgesetz, in denen Bund und Land mit einem Regelwerk von Förderrichtlinien die goldenen Zügel hielten, waren Bebauungspläne und Umlegungsverfahren.

Ziel der Hauptstadtvereinbarung zwischen Bund, Land und Stadt war ein Interessenausgleich der Beteiligten.

In der Ausbildung von Einzelobjekten und des stadträumlichen Zusammenhangs „als Zwischenstadt“³⁶ mit Bezug zu den topographischen Gegebenheiten und Einbindung in den Landschaftsraum lagen für den Schutz des Viertels auch kulturlandschaftliche Gründe vor.

Veränderungen

Bereits 1991 lag als Basis für den zukünftigen Strukturwandel des Stadtgebietes nach dem Umzug der Regierung nach Berlin dem Bund das von der Stadt entwickelte „Fünf-Säulen-Modell“ vor. Der Ausbau von fünf Bereichen – Bonn als Bundesstadt, als Zentrum für internationale Zusammenarbeit, Region der Wissenschaft und Forschung, Region zukunftsorientierter Wirtschaftsstruktur, Modell einer umweltgerechten Städtelandschaft und Kulturregion – sollte die weitere Entwicklung der Stadt sichern. Bonn wurde Zentrum der Vereinten Nationen und Sitz von dreizehn UN-Organisationen, unter anderem zum Klimaschutz, zur Bekämpfung der Wüstenbildung, zur Katastrophenvorsorge, zur Gesundheit und zum Umgang mit Konflikten. Die veränderten Aufgaben der Stadt schlugen sich im Stadtbild und in der Neugestaltung des ehemaligen Regierungsviertels nieder. Mit der Aufgabe des Regierungssitzes schwand das Einheit stiftende Moment, neue Nutzungen zogen in das Viertel, die begonnene Entwicklungsphase überformte den Bestand. Zahlreiche Gebäude, ganze Blöcke, wurden abgerissen.

Der Post Tower am Rheinufer neben dem „Langen Eugen“, 2000 bis 2002 errichtet, setzte, auf die Gestalt des Viertels bezogen, einen eigenen städtebaulichen Akzent, bezogen auf den historischen Wert des Viertels, stellte er das Abgeordnetenhochhaus in den Schatten, überstrahlte das gesamte Regierungsviertel, setzte in Höhe, Gestaltung und Material neue und dem bisherigen Ort fremde Maßstäbe.

An anderer Stelle veränderten Umbauten historisch bedeutsame Einzelobjekte und die Aussage von Gebäudegruppierungen, Beispiele sind die ehemalige Kanadische Botschaft, die ehemalige Niederländische Botschaft und ihr gemeinsames Umfeld an der „Botschaftsecke“, Friedrich-Wilhelm-Straße/ Johanniterstraße. Hier verstärkte der Abriss der Österreichischen Botschaft die veränderte städtebauliche Wirkung. An anderer Stelle büßten Straßenräume durch Abrisse ihren Charakter von zweckmäßig untergebrachten Nutzungen in schlichter und gestalterisch sparsamer Architektur ein. Beispiele sind die Winston-

³⁶ Thomas Sieverts: Zwischenstadt. Zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land, Braunschweig 1997.

Churchill-Straße und die Sämischstraße/ Dahlmannstraße.

Auch setzten Neubauten neue städtebauliche Akzente. 2000 bis 2003 entstand am Rand der Rheinaue, Ludwig-Erhard-Allee 2, ein Neubau für das Forschungszentrum CAESAR nach Entwurf der Architekten BMBW Architekten BDA und Partner aus München.

2006 wurde im Kernbereich des Viertels das Areal dem ehemaligen Bundeshaus gegenüber zum Neubau eines Hotel- und Kongresskomplexes die historische Substanz abgebrochen. Archäologische Grabungen legten Spuren einer römischen Siedlung frei. Bis Ende 2008 plante der amerikanisch-koreanische Investor SMI Hyundai, das Kongresszentrum (World Conference Center Bonn, WorldCCBonn) im ehemaligen Plenarsaal um eine Halle für Veranstaltungen, weitere Tagungsräume und ein großes Hotel zu erweitern.

Der rheinisch-unkonventionelle Charme des Bonner Provisoriums, der noch bis 1999 mit wohlwollender Aufmerksamkeit im städtebaulichen Miteinander zu erleben und im architektonischen Detail spürbar war, ging in den visionären Planungen verloren.

Nach beinahe 15 Jahren ist durch bauliche Veränderungen im zunehmenden Wandel des Viertels zu einem Dienstleistungs- und Verwaltungsort der Bestand in großen Teilen zurückgeführt auf die Aussage und den Wert von Solitären. Städtebauliche Aspekte sind beeinträchtigt oder nicht mehr vorhanden, so dass die historische Substanz rein aus der architektonischen Bedeutung heraus neben Neuem steht. Die Qualität des Gebietes als Denkmalbereich ist fraglich.

Literaturauswahl:

Adolf Arndt, Demokratie als Bauherr, in: Akademie der Künste Berlin. Anmerkungen zur Zeit, 6, 1961, S. 9, 19.

Ausbau der Bundeshauptstadt, 10 Jahre Hauptstadtvereinbarung 1975-1985. Dokumentation, hrsg. vom Oberstadtdirektor Bonn, Bonn o. J. (1985).

Frieder Berres, 2000 Jahre Schifffahrt am Siebengebirge (= Königswinter in Geschichte und Gegenwart Heft 6, Königswinter 1999.

Bonner Rundschau vom 19.9.1968.

Klaus Borchard, Bonn – vom Provisorium über die Bundeshauptstadt zur Bundesstadt, Bonn 1999.

Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung (Hrsg): Architektur der Demokratie. Bauten des Bundes 1990-2010, Ostfildern 2009.

Friedrich Busmann, Helmut Kröhne, Vom Parlaments- und Regierungsviertel zum Bundesviertel. Eine Bonner Entwicklungsmaßnahme 1974 – 2004, wohl Bonn 2005.

Paul Clemen, Die Kunstdenkmäler der Stadt und des Kreises Bonn = Die Kunstdenkmäler der Rheinprovinz, 5. Bd. III., Düsseldorf 1905.

Josef Dietz, Rund um die Gronau, in: Bonner Geschichtsblätter 1951, Bd. 5, Bonn 1951, S. 5-16.

Edith Ennen, Ein geschichtliches Ortsverzeichnis des Rheinlandes, in: Rheinische Vierteljahresblätter, Jg. 9, 1939.

Edith Ennen, Dietrich Höroldt, Kleine Geschichte der Stadt Bonn, Bonn 1967, Anlage: Plan der Stadt Bonn, H. Müller-Miny 1928, ergänzt von E. Meynen.

Edith Ennen, Geschichte der Stadt Bonn, Bd. 3, Bonn 1989.

Ingeborg Flagge, W. J. Stock, Architektur und Demokratie, Stuttgart 1992

Dietrich Höroldt. Die baugeschichtliche Entwicklung der Stadt Bonn 1815-1945, in: Bauen im Bonner Raum 49-69, Düsseldorf 1969.

Dietrich Höroldt, Bonn als kurkölnische Haupt- und Residenzstadt 1597–1794. (=Geschichte der Stadt Bonn in vier Bänden: aus Anlaß der 2000-Jahr-Feier, herausgegeben von Dietrich Höroldt und Manfred van Rey, Band 3), Bonn 1989.

Dietrich Höroldt, Bonn. Von einer französischen Bezirksstadt zur Bundeshauptstadt (=Geschichte der Stadt Bonn in vier Bänden: aus Anlaß der 2000-Jahr-Feier, herausgegeben von Dietrich Höroldt und Manfred van Rey, Band 4), Bonn 1989.

Jens Krüger, Die Finanzierung der Bundeshauptstadt Bonn, Berlin 2006.

Wolfgang Leuschner, Bauten des Bundes 1965-1980, Karlsruhe 1980.

- Ilse Riemer Altes Bonn. Graphische und malerische Darstellungen aus vier Jahrhunderten, Frankfurt 1978.
- Angelika Schyma, Der „Lange Eugen“ das „hohe Haus“ als Denkmal, in: Denkmalpflege im Rheinland 1996, Heft 4, S. 154-159.
- Angelika Schyma, „Eine kleine Stadt in Deutschland“ – das Regierungsviertel der ehemaligen Bundeshauptstadt, in: Denkmalpflege im Rheinland 1999, Heft 2, S. 49-62.
- Angelika Schyma, Das Regierungsviertel in Bonn – Perspektive oder Abgesang, in: Denkmalbereiche. Chancen und Perspektiven, (= Mitteilungen aus dem Rheinischen Amt für Denkmalpflege, Heft 12, hrsg. vom Landeskonservator Prof. Dr. Udo Mainzer), Köln 2001; S. 25-32.
- Thomas Sieverts: Zwischenstadt. Zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land, Braunschweig 1997.
- Olga Sonntag, Villen am Bonner Rheinufer 1819-1914, Bonn 1998
- Cornelius Ulbert, Ausgrabung im Bonner vicus – ein erster Überblick über die Befunde in der römischen Zivilsiedlung, in: Archäologie im Rheinland 2006, hrsg. vom LVR-ABR durch Jürgen Kunow, Stuttgart 2007, S. 85-88.
- Cornelius Ulbert, Die Grabung im Bonner Zivilvicus–ein Resümee, in Archäologie im Rheinland 2007, hrsg. vom LVR-ABR durch Jürgen Kunow, Stuttgart 2008, S. 85-87.
- Otto Wilckens, Geologie der Umgegend von Bonn, Bonn 1926, S. 234ff.

Zeitschriften:

- Zum Bauwettbewerb Bundestag und Bundesrat, in: Bauwelt 1975, Heft 29/30, S. 822-847.
- Gottfried Hansjakob, Toni Hansjakob, Erholungspark Bonn-Rheinaue und Bundesgartenschau 1979, in: Bauwelt 1979, Heft 26, S. 1111- 1126.
- Ferdinand Stracke, 33 Jahre Hauptstadtplanung Bonn, in: Bauwelt 1983, Heft 10, S. 333-339.
- Rita Süßmuth, Demokratie als Bauherr, in: Der Architekt 10/1989, S. 481-511.

Ausstellungen:

- Flößerei auf dem Rhein. Eine Ausstellung des Siebengebirgsmuseums der Stadt Königswinter, 1999, Ausstellungskatalog, Bonn 1999.
- Ständige Ausstellung im Haus der Geschichte.

Historisches Kartenmaterial (Auswahl):

- Kartenaufnahme unter Tranchot und von Müffling 93, 102 1807/08.
- Preußische Uraufnahme 5208 1845.
- Preußische Neuaufnahme 5208 1893/95, Berichtigungen 1913, 1926, 1938/47, 1952,1956, 1972, 1976, 1980.

Bildhafte Darstellungen:

- Abb. 4 = Aquarell von William Turner 1817, Reproduktion aus: Dietrich Höroldt, Bonn. Von einer französischen Bezirksstadt zur Bundeshauptstadt (=Geschichte der Stadt Bonn in vier Bänden: aus Anlaß der 2000-Jahr-Feier, herausgegeben von Dietrich Höroldt und Manfred van Rey, Band 4), Bonn 1989, S. 175.

Archiv:

Stadtarchiv Bonn